

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colontexte für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Dein Ziel.

Meiß' niemals steh'n auf halbem Wege,  
Wenn Du als recht erkannt ihn hast;  
Wird Müdigkeit doch in Dir rege,  
Dalt', sie bekämpfend, kurze Raft.

Dann schreite weiter unverbroffen  
Dahin, wo das Gewollte winkt,  
Hinauf zum Ziel, das Lichtumflossen  
Dir von des Berges Gipfel blinkt.

Groß muß das Ziel stets vor Dir schweben;  
Dein Stillstand gleicht dem Weg zurück;  
Drum, willst Du ernstlich vorwärts streben,  
Seht' siegberuht auf's Ziel den Blick.

Fürwahr! Dein Ziel ist hehr und edel;  
So halt's im Auge, schreit' drauf zu;  
Moderner Klaven Schweisgewedel  
Wieg nimmer Dich in träge Ruh'!

So harre aus! Du wirst's erreichen;  
Ist dornenreich auch oft der Pfad,  
Darfst Du von ihm doch niemals weichen,  
Den fest Dein Fuß beschritten hat.  
Christoph Wieprecht.

### Der Zusammenbruch.

Als die Werftarbeiter um Mitte Juli geblendet von der sozialistischen Phrase den Boden der Wirklichkeit verließen, „alle Räder stillsetzten“, da glaubten sie den Sieg über die Werftgewaltigen schon in der Tasche zu haben. Die kampfeseste Elitegruppe wollte, beauftragt von der ihr suggerierten Macht, aufs Ganze gehen, um die vom Blatt besetzte sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes angekündigte neue Epoche zu erlangen. Doch der Traum ist aus. Fürchterlich sind die armen, von den Sozialdemokraten betrogenen Werftarbeiter aus der Suggestion erwacht. Bedingungslos mußten sie wieder hinein in den Betrieb. Bis aufs Blut gepeinigt und gedemütigt wartete ihrer die alte Frohn. Um überhaupt Arbeit zu erlangen, standen sie wochenlang jeden Tag 6-7 Stunden zähneknirschend an den Sortiermaschinen des Unternehmerverbandes, in Sonnenglut und Regen, in Sektionskolonnen, von Schuppleuten bewacht. Uhren, Hüte, Kleider etc. fielen dem fürchterlichen Gebränge zum Opfer. Wie mancher beim Warten im Sonnenbrand umgefallen ist, darüber berichtet weder die Metallarbeiterzeitung, noch das Hamburger Echo. Die Hamburger Unternehmer haben wohl Geld, um einen Bahnhof zu bauen, der mehr als 20 Millionen Mark gekostet hat, aber zu einer vernünftigen Wartehalle beim Arbeitsnachweis, da langt es scheinbar nicht. Oder hat vielleicht die fanatische Widerliche Besse der Sozialdemokratie jedes menschliche Empfinden in ihnen erstickt, sodaß sich dort oben alles als Todfeind gegenübersteht? Augenzeugen versichern, das letztere Annahme vieles für sich habe. Sei dem, wie ihm wolle; es ist eine Tatsache, daß die Einrichtungen an dem Arbeitsnachweis der Hamburger Unternehmer die allerbrimmbigsten sind.

Wie konnte der nach sozialdemokratischen Begriffen mit so großem Eifer begonnene Kampf so kläglich zusammenbrechen? Vorweg sei bemerkt, daß die Werftarbeiter nicht vom Kapital niedergezwungen wurden, sondern von ihrer eigenen Klassenkampforganisation. Wie es kam? Darauf kommen wir noch zurück. Heute soll nur untersucht werden: „Was man wollte und was man heimbrachte.“

Einseitig, ohne die nichtsozialdemokratischen Verbände zu informieren, stellten die Genossen im Einverständnis mit ihrer Hauptleitung Forderungen auf, die im wesentlichen folgende Punkte enthielten:

1. Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 55 auf 52 Stunden.
2. Erhöhung der Einstellungslohne um 8 Pfg. pro Stunde.
3. Erhöhung der Stundenlohne um 7 Pfg.
4. Bei Akkord Garantie eines Mindestübersehusses von 35 Prozent.
5. Gewährung eines Ferienurlaubs.
6. Verlegung der Lohnzahlung in die Arbeitszeit.

Diese Forderungen wurden den Unternehmern unterbreitet, mit dem Ersuchen um Antwort bis zum 25. Juni. Zu den Verhandlungen über die Forderungen, die am 4. und 8. Juli stattgefunden haben, machten die Werftarbeiter folgende Zugeständnisse:

1. Die Einstellungslohne werden um 2 Pfg. in denjenigen Betrieben erhöht, in denen seit Oktober 1910 keine Erhöhung eingetreten ist.

2. Die Stundenlohne aller in Arbeit befindlichen Arbeiter werden vom August 1913 ab um 1 Pfg. und vom April 1914 um einen weiteren Pfennig erhöht.

Zwischen Forderungen und Zugeständnissen besteht, wie man sieht, ein ganz gewaltiger Unterschied. Daß die rote Organisationsvertretung daran ein gekümmertes Maß von Schuld hat, bewies A. Schlieke, der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes auf der außerordentlichen Generalversammlung dieser Organisation; er führte dort, nach der „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 33, 1913) unter anderem aus:

„Selbst, wenn wir zu einem Streik kommen, kommt doch auch einmal der Augenblick, wo wir ihn beenden müssen, und da ist es ungeheuer hart für die Kollegen, wenn beispielsweise 8 Pfg. gefordert sind und wir bekommen nur 2 Pfg. Wir haben dann vorher die Meinung erwidert, wir könnten Wunder was durchsetzen, und nachher zeigt es sich, daß wir das nicht können. Aus diesem Grunde habe ich dafür plädiert auf der Konferenz, in dieser Beziehung nicht zu weit zu gehen, sondern lieber für etwas Mäßigeres, aber feste Preise einzutreten. Ich bin der Meinung, daß die Unternehmer uns viel ernster nehmen, wenn wir in dieser Weise den Bogen nicht zu straff spannen. Wenn sie von vornherein sehen, daß wir Forderungen stellen, von denen sie annehmen müssen, daß wir ein ganz erhebliches, vielleicht drei Viertel oder noch mehr davon abhandeln lassen müssen, so glaube ich nicht, daß sie uns dann ernst nehmen.“

„In den Verhandlungen erklärten die Vertreter der Werften, daß für sie die Forderungen undiskutabel seien, sie seien so exorbitant, daß sie Gegenanschläge zur Einigung nicht machen könnten. Also die Unternehmer stellten sich auf den Standpunkt, den ich vorher schon anbeutete und den ich von Anfang an befürchtet hatte, des Sündlers, des Kaufmanns, der sich für eine bestimmte Ware interessiert, wenn aber der Preis der Ware zu hoch ist, so verschwindet sein Interesse. So erklärten sie: Bei diesen Forderungen seien wir keine Möglichkeit, zu einer Verständigung zu kommen und deshalb können wir Gegenanschläge nicht machen. Sie ersuchten die Kommission, ihre Wünsche herabzusetzen, um es zu ermöglichen, daß auch sie Gegenanschläge machen könnten.“

Die Werftarbeiter lehnten diese „Zugeständnisse“ nicht nur ab, sondern faßten sie auf als eine Provoaktion. Die roten Verbandsvorstände wollten weiter verhandeln, die Werftarbeiter aber wollten Kampf, sie brachen aus und „setzten alle Räder still“. Ihre Organisation verweigerte ihnen die Streikunterstützung, weil es ein Putsch und ein wilder Streik sei, den man nicht anerkennen könne. Hier drängt sich unwillkürlich ein ganzer Complex von Fragen auf, doch auch sie sollen noch etwas zurückgestellt werden.

Als so Führer und Massen sich gegenüberstanden, verweigerte die Verwaltungsstelle Stettin des sozialdemokratischen Verbandes die weitere Ausführung von Geldern an die Hauptkasse nach Stuttgart. Darauf berief der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine außerordentliche Generalversammlung zum 8. und 9. August nach Berlin ein, mit der Tagesordnung: „Die Lohnbewegung auf den Schiffswerften“. Verlauf und Ausgang derselben ist unseren Kollegen bekannt. Treffend kennzeichnete der „Hannoversche Courier“ (29. Aug.) die Situation, als er von der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes schrieb:

„... fünf Delegierte mehr auf der falschen Seite und der Vorstand erlitt eine Niederlage. Es ist ja noch gut gegangen. Aber es stimmt schon, was der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schlieke, am Schluß seiner etwa dreistündigen Rede in der Generalversammlung in Berlin gesagt hat: „Die Generalversammlung mag beschließen wie sie will, — sie wird beschließen müssen im Interesse der Organisation aber die moralische Schlappe, die wir erlitten haben, wird auch der beste Beschluß nicht wieder auszugleichen imstande sein.“

„... Ganz offenbar haben die Vorstände gehesit, durch eine „bilatorische Taktik“ allmählich die Sache ins Gleis zu bekommen, und darin haben sie sich verrechnet. Die Masse merkte die Bremsenänderung und brach aus. Das kommt eben davon, wenn man alles mit Taktik machen will. Da die Generalkassendirektion die Stimmung in den Werftarbeiterkreisen kannte, mußte sie es viel früher zur Machtwortprobe zwischen Masse und Führer kommen lassen. Wären sie unterlegen, so wären die moralischen Folgen der Niederlage viel weniger schwer geworden. Jetzt ist's eine halbe Sache, und darauf, was nun aus der ganzen Bewegung für die Arbeiter herauskommen wird, darf man neugierig sein: Gestärkt ist die Position der Werftarbeiter durch die bisherigen Vorgänge nicht.“

Ja, was für die Arbeiter herausgekommen ist? — Nichts, Demütigungen, tauende Gebotsregelte, dazu Millionen Mark unnütz verpulvert der Arbeitergroßen und ein gräßlicher gelber Sumpf, das ist herausgekommen.

Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ schreibt am 28. September:

„... Trotzdem die Werftarbeiter sich schon vor Wochen bereit erklärt haben, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, liegen heute allein in Hamburg noch etwa 1000 auf der Straße, so daß mit den Arbeitslosen hinzugerechnet, über 2000 Menschen unter Bewachung eines Polizeiaufgebots jeden

Tag sechs bis sieben Stunden vor dem Nachweis stehen und auf ihre Wiedereinstellung harren. Empörung ergreift jeden ausländigen Menschen, wenn er sieht, wie man hier mit ehrlichen Arbeitern umspringt, die es gewagt haben, Forderungen zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu stellen. In Reich und Glied, zu fünf bis sechs Mann hintereinander, überwacht von einem Polizeiaufgebot von 15 bis 20 Mann, werden die Werftarbeiter abteilungsweise in den Arbeitsnachweis, bei einem „Härenzwinzer“ gleich, hineingelassen. Hier erhalten sie einen Schein zur Einstellung für die Werften ausgehändigt. Mancher, der da glaubt, endlich von dieser Tortur erlöst zu sein, indem er von der ihm zugewiesenen Werft eingestellt wird, wurde enttäuscht. Hunderte wurden auf den Werften abgestempelt, d. h. nicht eingestellt und müssen sich am anderen Tage wieder sechs bis sieben Stunden unter polizeiliche Aufsicht stellen.“

„... Aber nicht genug mit der schändlichen Behandlung bei der Einstellung, nimmt man auch noch Lohnabzüge vor, trotzdem der Syndikus der Arbeitgeber den Organisationsvertretern gegenüber erklärte, die Leute kommen wieder auf ihre alten Plätze und erhalten denselben Lohn wie vor der Bewegung. Auf der Vulkanwerft wurden eine ganze Anzahl höher eingestellt, die einen Lohn von 46 Pfg. hatten. Gleich nach ihrer Einstellung wurde ihnen mitgeteilt, wenn sie für 42 Pfg. arbeiten wollten, könnten sie bleiben, trotzdem diese Arbeit nach ihrer Neueinstellung eine weit schwerere war als die, die sie vor der Bewegung verrichteten.“

Nicht nur Maßregelungen und Lohnabzüge, die ins Unendliche gehen, sondern jetzt wird die „Elite-truppe“ auch noch in gelbe Werbervereine gepreßt.

Die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ berichtete am 26. September unter der Ueberschrift: „Vogel friß oder stirb“ von der Werfterwerft:

„Wie die Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern für die Werbervereine betrieben wird, zeigt ein Vorkommnis vom Donnerstag abend. Als die Arbeiter um 6 Uhr von der Werft gingen, fehlten verschiedenen die Marken an der Markentafel; sie mußten sich beim Portier danach erkundigen und wurden von diesem in den Warteraum geschickt. Hier saßen diverse Meister, die es unternahmen, für den „Werberverein“ zu werben. Lassen Sie sich aufnehmen, oder Sie müssen sich anderswo Arbeit suchen!“ Diese bequeme Agitationsmethode hatte den Erfolg, daß unter anderem auch 26 Schiffstischler sich einschreiben ließen, und was besonders auffällig war, ist, daß auch mehrere, von denen bekannt war, daß sie im Holzarbeiterverband als Kassierer oder Vertrauensmann tätig waren, aufs Korn genommen wurden. Ihnen wurde deutlich zu verstehen gegeben, daß man von ihnen erwarte, daß sie ihre agitatorische Fähigkeit, wie vordem dem Holzarbeiterverbande, so jetzt dem gelben Verein zur Verfügung stellen.“

26 Tischler: es muß weit gekommen sein, daß diese Leute, die bisher die Bestorganisierten waren, derart behandelt werden konnten. Aber man wundert sich hier jetzt überhaupt nicht mehr, wenn man weiß, wie sie alle von Gott und den Verbandsvorständen verlassen sind. Hat da ein Tischler dem die Geschichte zu nahe ging, ans (soz.) Holzarbeiterbüro telephoniert mit der Frage, ob sich denn wirklich nichts unternehmen ließe, diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Antwort war ebenso tröstlich wie kurz: „Die Sache ist nun einmal verfahren; da können wir nichts dagegen tun!“ Ist es da ein Wunder, wenn die Verbandsmitglieder auch den letzten Rest von Vertrauen zum Verbandsverband und zu sich selbst verlieren, wenn sie sehen, wie ihnen nichts übrig bleibt als entweder „gelb“ sein oder raus und brotlos werden! Hätte sich dies denn wirklich nicht vermeiden lassen? Ließe sich denn nicht mit einigem guten Willen selbst jetzt noch wenigstens etwas retten? Diese Frage ist in letzter Zeit so oft gestellt und immer gleichmäßig beantwortet worden wie oben. Nur das eine ist gewiß, es ist eine böse Saat gesät worden, die auf Jahre hinaus den eint so furchtbaren Acker vergiftet hat.“

So liegen die Dinge an der Wasserfront infolge der „wunderbaren“ sozialdemokratischen Taktik und Erziehungsmethode. Die roten Terror- und Monopolpreise prallen jetzt auf die Schützen zurück. Wer trägt die Schuld, daß es so gekommen ist? Darüber nächstens.

### Koalitionsrecht und Arbeitsverhältnisse im märkischen Sauerland.

Zu manchen größeren und kleineren Werken an der Lerne hat man neben dem Akkordsystem auch noch ein Prämienystem eingerichtet. Es besteht hauptsächlich darin, daß den Arbeitern eine Prämie gezahlt wird, wenn monatlich eine bestimmte Menge Ware aus dem Betriebe herauskommt. Eine Nachkontrolle ist aber gewöhnlich nicht möglich.

Die Firma Basse u. Selbe in Altena, die sich in der Deffentlichkeit gern mit einem Wohlfahrtsnimbuss umgibt, im allgemeinen aber recht niedrige Durchschnittslohne zahlt, hat sich auch in verschiedenen Abteilungen ein Prämienystem zugelegt. Vor einiger Zeit hörte in einer Abteilung ein Arbeitskollege auf. Seine Kündigung lief ein paar Tage vor Monatschluß ab. Beim Ausschau-

digen der Papiere und Löhnung wurde ihm nur der gewöhnliche Lohn, pro Tag 3,75 Mk. (Familienvater mit 4 Kindern), ausbezahlt. Auf die Frage des Arbeiters, wie es mit der Prämie aussehe, wurde ihm erwidert, eine solche beläme er nicht, weil nichts verdient worden sei. Nach Androhung einer Klage beim Gewerbegericht ließ sich das Werk herbei, dem Arbeiter eine tägliche Zulage von 95 Pfg. auszubehalten. Am Monatschluß erhielt die übrige Arbeiterschaft 1,15 Mk. Prämie pro Tag ausbezahlt. Am Gewerbegericht erklärte der Vertreter der Firma, bis zu dem Tage, an dem der Klagenbe Arbeiter entlassen worden sei, wären wirklich nur 95 Pfg. pro Tag mehr verdient worden, in den letzten beiden Tagen sei noch soviel herausgekommen, daß 1,15 Mk. an Prämie ausbezahlt werden konnte. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts erklärte, daß aus dem Berechnungssystem der Firma kein Mensch klug werden könne und er hat die Firma, in Zukunft ein System einzuführen, bei dem eine Kontrolle möglich sei, damit die ewigen Klagen am Gewerbegericht wegen des Prämienystems endlich aufhören.

Auch im Reduzieren der Löhne ist die Firma groß. Im Oktober 1912 wurden z. B. im Kohrzuge die Alfordlöhne in so hohem Maße reduziert, daß die Differenz für den einzelnen Arbeiter 50—60 Mk. pro Monat betrug. Im August 1913 wiederholte sich dieses Manöver, wenn auch in etwas anderer Form. Eine Anzahl Lagerarbeiter, die sonst im Tagelohn beschäftigt waren, sollten von den Kohrzüchtern mit auf ihren Alford übernommen werden. Dieses war eine Lohnsenkung für die ca. 90 Kohrzücher von 1200 Mk. im Monat. Auf ganz energische Vorstellungen einer Anzahl Arbeiter wurde dieser Satz auf 400 Mk. ermäßigt. Was hätte nicht erreicht werden können, wenn die Kohrzücher alle im christlichen Metallarbeiterverbande organisiert waren?

Auch die Behandlung durch die Vorgesetzten läßt in einzelnen Betrieben viel zu wünschen übrig. Scheinbar aus lauter Angst vor der Werkleitung halten sich die Arbeiter der Firma Wasse u. Selbe von ihrer Berufsorganisation fern. Es wird in diesem Werke nicht eher anders werden, bis die Arbeitskollegen den Wert des Zusammenschlusses erkannt haben und sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen.

Auch die Firma Eugel u. Berg-Verdohl gehört mit zu den Firmen, die da glauben, ohne Prämienystem nicht auskommen zu können. Auch hier soll versucht werden, den letzten Rest von Arbeitskraft aus dem einzelnen Arbeiter herauszuholen; auch hier hat die Arbeiterschaft gar keine oder doch nur eine sehr schwer nachzurechnende Kontrolle über das Prämienystem. Da bei dieser Firma in einzelnen Betrieben der Arbeiterwechsel sehr groß ist, mußten oft an solche Leute Prämien ausbezahlt werden, die in Kündigung standen, nach Ansicht der Firma aber unwürdig waren, „Wohlthaten“ zu empfangen. In Zukunft gedenkt die Firma mit den Prämien etwas sparsamer zu wirtschaften, folgender Anschlag in einer Abteilung des Wertes beweist dieses:

**Bekanntmachung.**

Diejenigen Arbeiter, die in Kündigung stehen, haben keinen Anspruch auf die für den Monat fällige Prämie. Die Prämie wird den Arbeitern erst nach sechswochentlichem Arbeitszeit zuerkannt.

Also der Arbeiter, der in Kündigung steht, muß bestraft werden durch Entziehung der Prämie; der Neuangekommene muß erst beweisen, daß er auch würdig ist, Prämien zu erhalten, er muß erst sechs Wochen arbeiten, ehe er Anspruch auf diese erheben kann. Das ist ein netter Zustand! Wie lange wollen die Arbeiter der Firma Eugel u. Berg sich solches und ähnliches bieten lassen? Gegen solche Zustände hilft kein Toben und Schimpfen, keine Faust in der Tasche ballen, keine Abgabe eines roten Stimmzettels. Nein, hier muß tatkräftig gearbeitet werden mit und in der Organisation. So lange die Arbeiterschaft der Firma Eugel u. Berg diesen Weg, den Weg des Zusammenschlusses, noch nicht gefunden hat, so lange werden auch in jenem Betriebe die Verhältnisse nicht gebessert werden.

**Volkswirtschaftliche Rundschau**

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Beurteilung unseres Wirtschaftslebens während unserer Berichtszeit eine freundlichere geworden ist. Die Momente, die der rückläufigen Bewegung der Konjunkturwelle widersprechen, werden mehr betont und aus ihnen wird die Hoffnung einer neuen Aufwärtsbewegung geschöpft. Der Wegfall der Sorgen über die Gestaltung der internationalen Beziehungen hat doch in der genannten Richtung gewirkt. Die andere allerdings, die in der Entwicklung des Geldmarktes begründet ist, bleibt bestehen. Der hohe Diskontsatz der Reichsbank verteuert den Kredit für den kleinen Geschäftsmann in gleicher Weise wie für den großen. Da aber der Kredit geradezu Lebensbedingung des modernen Gewerbetreibenden ist, so wird dieses durch den hohen Diskontsatz schwer belastet. In letzter Zeit machte man sich in diesen Kreisen Hoffnung, daß die Reichsbank eine Ermäßigung des Diskonts eintreten lassen werde. Diese Ansicht liegt in dem günstigen Stand dieser Bank begründet, übersteht aber dabei die tatsächliche Gestaltung des Geldmarktes. Diese wird am besten dadurch charakterisiert, daß in unserer Berichtszeit der Privatdiskont stark in die Höhe gegangen ist, — d. h. daß eine neue Versteifung eingetreten ist. Gewiß werden die Verhältnisse nach dem 1. Oktober wieder bessere werden, ob aber dauernd, das ist schließlich die Frage, von der eine Diskontermäßigung der Reichsbank abhängt. Der starke Gelddruck, der regelmäßig im Herbst einsetzt, läßt darauf nicht hoffen.

Der Arbeitsmarkt im August hat keine Besserung erfahren. Die Verschlechterung zeigt aber doch ein langsameres Tempo als in den früheren Monaten.

Starke Überraschung haben die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen. Der starke Rückgang im Juni mußte als Beweis für die rückläufige Konjunktur überhaupt dienen. Der Juli brachte nun eine sehr beträchtliche Verbesserung der Verkehrseinnahmen, hinter der der August nur wenig zurückbleibt. Diese Tatsache spricht gerade nicht für einen Rückgang der Konjunktur. Allerdings können aus ihr keine Schlüsse auf die Preisbildung der Industrie gezogen werden. Heute scheint es speziell in der weiterverarbeitenden Industrie wenig

ger im Absatz der Produkte zu liegen als in dem tiefen Preisniveau.

Die Rohstoffindustrien, soweit sie kartelliert sind, machen aber eine Ausnahme. Das gilt in erster Linie von der Montanindustrie. Das Kohlenyndikat hat mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres bekanntlich die Preise erhöht, und zwar zu jener Zeit, in der wir noch voll und ganz in der Hochkonjunktur waren; man konnte sich damals des Eindrucks nicht erwehren, daß die Festlegung auf die hohen Preise nur deshalb so frühzeitig erfolgte, um bei einem etwaigen Umschwung der Konjunktur diesem nicht Rechnung tragen zu müssen. Dieser Umschwung ist mittlerweile eingetreten. Und man konnte gespannt sein, wie sich das Kohlenyndikat in seiner Preisfestsetzung zum 1. Oktober beurhalten werde. Das Vorgehen der oberschlesischen Kohlenkonvention ließ nichts Gutes erwarten, denn diese hatte schon früher die Preise für den Winter erhöht. Wer gehofft hatte, daß das Kohlenyndikat Bedenken vor Volkswirtschaftlicher Natur hegen würde, sah sich bitter enttäuscht — denn es wurde beschlossen, die alten Hochkonjunkturpreise weiter beizubehalten. Das einzige Zugeständnis, das man machte, war die Bindung auf nur drei Monate, die sonst jeweils für ein halbes Jahr festgelegt worden war. Man glaubt, daß sich innerhalb dreier Monaten die wirtschaftliche Entwicklung klar übersehen ließe, die doch jetzt keineswegs zweifelhaft beurteilt werden könne. Das Kohlenyndikat hat seit 1908 nichts gelernt — auch damals hielt es entgegen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung allzu lange an den hohen Konjunkturpreisen fest, sehr zum Schaden der Kohlenverarbeitenden Industrie.

Die Roheisenindustrie mußte bekanntlich im Verfolg der Preisentwicklung auf dem Kohlenmarkt die Preise ebenfalls erhöhen, ebenfalls zu einem recht ungünstigen Zeitpunkt. An eine Ermäßigung durch den Roheisenverband wird jetzt, nachdem das Kohlenyndikat seine Preise beibehalten hat, nicht zu denken sein. Für die Roheisenindustrie ist diese Entwicklung natürlich nicht günstig, denn die weiterverarbeitenden Industrien, die die hohen Rohstoffpreise schon längst nicht mehr auf die Konsumenten abwälzen können, werden sich nur noch mit dem allernötigsten Bedarf decken; der Absatz der Roheisenindustrie wird dadurch leiden. Man könnte einwenden, daß dieser Fall doch auch beim Kohlenyndikat eintreten müsse. Der Einwand trifft zu: in der Montanindustrie macht sich ein Nachlassen des Kohlenbedarfs für die Industrie wohl bemerkbar, insbesondere ist der Absatz an Roßkohlen zurückgegangen. Demgegenüber steht aber ein vermehrter Bedarf an Hausbrandkohle, so daß das Kohlenyndikat den Rückgang der Nachfrage nach Industriekohle nicht so empfindlich merkt. Optimisten können die Haltung des Kohlenyndikats als Beweis dafür ansehen, daß man in sonst wohl unterrichteten Kreisen sich über die Weiterentwicklung der Konjunktur noch keineswegs klar ist, die Hoffnung auf eine neue Aufwärtsbewegung also berechtigt ist. Zwar weniger aus diesem Grunde als weil insbesondere unsere Roheisenindustrie noch eine recht günstige Verfassung aufweist, ist allzu großer Pessimismus verfehlt. Die Roheisenproduktion betrug im

**Die Geschichte der Gutehoffnungshütte.**

Von G. W.

IV.

Die Ausfuhr der Gutehoffnungshütte nach den benachbarten Ländern erlitt einen schweren Stoß, als Napoleon I. Holland, das bis dahin eine Hauptabnehmerin der Erzeugnisse war, seinem Reiche einverleibte. Auch nach dem Wiener Frieden 1814 gelang es nicht, dort wieder festen Fuß zu fassen. England, das sich infolge seiner mächtig emporklimmenden Industrie immer mehr zum Ausfuhrland entwickelte, hatte in Holland ein gutes Absatzgebiet gefunden. Die deutschen Waren, die hinsichtlich ihrer Qualität und ihrer Preise nicht mit den englischen konkurrieren konnten, verloren nach und nach die mühsam eroberten Gebiete und hatten schon mit Aufhebung aller Kräfte zu kämpfen, um sich der englischen Waren im eigenen Lande zu erwehren. Da brach in England infolge Ueberproduktion und Stodung des Absatzes nach Nordamerika eine schwere Krise aus. Zur Abstoßung des Produktionsüberschusses war Deutschland besonders aufnahmefähig, weil der Eisenverbrauch durch den beginnenden Eisenbahnbau erheblich gesteigert war und der Einfuhr von Roh- und Stabeisen keine oder nur sehr geringe Zollschranken gegenüber standen. Diesem Anstoß und dieser Preisunterbietung war die deutsche Industrie nicht gewachsen und die Folgen der englischen Krisis machten sich in Deutschland sehr bemerkbar. So kamen auf den Erzgruben an der Ruhr und am Rhein, die Eigentum der Gutehoffnungshütte waren, 75 Arbeiter zur Entlassung. Von den zehn Puddelöfen standen 1841 nur noch vier in Betrieb; die Gießerei und die Kupolöfen mußten mit großen Stodungen rechnen. Die Preise für rheinisches Holzkohlenroheisen loco Hütte in Oberhausen betrugen 1840, 41, 42 durchschnittlich 22½ Taler für 1000 Pfund, während das englische Roheisen erster Qualität frei Ruhrort nur 16 Taler kostete.

Die deutsche Eisenindustrie war nicht in der Lage, diese große Preisdifferenz irgendwie auszugleichen. Wollte man daher der deutschen Industrie die Möglichkeit verschaffen, den englischen Vorkprung einzuholen, so konnte dies nur durch die Einführung eines Schutzzolles geschehen. Die Hochofenwerke verlangten einen Einfuhrzoll für Roheisen; dieser stieß aber auf heftigen Widerstand bei den Puddel- und Walzwerken, weil sie auf ausländisches Roheisen angewiesen waren, um auf dem Stabeisenmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, „zumal ja“

wie es in einem Berichte heißt, „doch keine Aussicht besteht, daß Deutschland jemals in der Lage sei, genügend Roheisen selbst zu erzielen.“ Sie selbst verteidigten auf das Hartnäckigste den bestehenden Stabeisenzoll von einem Taler für den Zentner. Deshalb wurden die Puddel- und Walzwerke wiederum heftig von den „Eisenwarenfabrikanten“, denen sehr viel an einem billigen Bezug von Stabeisen und Blechen lag, angefeindet. Es hatten sich also in der deutschen Eisenindustrie verschiedene Gruppen, je nach der Verarbeitung, gebildet, die sich gegenseitig befehdeten und Sonderpolitik trieben, wie es bis zum Jahre 1804 auch die Art der deutschen Kleinraaten war, bis Napoleon I. durch einen Föderkrieg dieser Kleinraaterei ein Ende machte. Die führenden Männer der deutschen Industrie sahen ein, daß man mit diesen Sonderinteressen den Kampf gegen die gewaltige englische Industrie nicht aufnehmen könne und besonders der damalige Direktor Wilhelm Dues wies darauf hin, daß innerhalb einer Industrie keine einzelne Gruppe zollpolitisch bevorzugt werden dürfe, wenn man nicht die ganze Industrie wirtschaftlich schädigen wolle. Trotzdem verteidigte Dues den Stabeisenzoll für die Puddel- und Walzwerke, zu denen sich auch die Gutehoffnungshütte rechnete und sprach in gleichem Atemzuge den Hochofenwerken den Zollschutz ab. Diese scharfe Abgrenzung war auf die Dauer unhaltbar und schon bald teilte die Gutehoffnungshütte dem Hochofenwerke Remy u. Co. mit, daß sie sich den Anträgen auf Einführung des Roheisenzolles anschließen wolle. Sie konnte es sich jedoch nicht versagen, eine bezeichnende Randglosse zu machen, die deutlich erkennen läßt, daß man trotz der guten Vorsätze doch noch den Sonderstandpunkt bevorzugte. Sie lautet: „... wenn man auch nicht einsehe, inwiefern eine solche Maßregel politisch und nützlich sei, sofern der jetzige Zoll auf Stabeisen von 1 Taler pro Zentner im rechten Verhältnis, nämlich auf zwei Taler erhöht werde.“

Bei dieser Uneinigkeit der Eisenindustriellen und bei der freigändlerischen Stimmung, die im Lande herrschte, konnte sich die preussische Regierung zu einer selbständigen Lösung der Frage nicht entschließen, sie brachte vielmehr auf der Generalversammlung der Zollvereinsstaaten den Antrag auf Einführung eines Roheisenzolles und Erhöhung des Stabeisenzolles zu Fall. In diesem Streit der Meinungen konnte natürlich eine Einigung nicht so leicht erzielt werden; die Industrie selbst aber trug den Schaden davon. Der Briefwechsel der Gutehoffnungshütte gibt

ein klares Bild der damaligen Lage eines Hüttenwerkes, das schwer mit der belgischen und englischen Konkurrenz zu kämpfen hatte. Schon die deutsche Arbeiterschaft konnte man nicht für alle Arbeiten verwenden. Für den Hochofenbetrieb, für Gießereien und Hammerwerke konnte man gute Arbeiter aus dem Siegerland und vom Mittelrhein bekommen. Für Puddel- und Walzwerke mußte man belgische und englische Meister heranziehen. Auch bei der Beschaffung der Arbeitsmittel kam das Ausland an erster Stelle. Drehbänke, Walzen, ganze Maschinen, vor allem Stahl- und Eisenteile mußten aus England bezogen werden. Dazu kam die Notwendigkeit, ausländisches Roheisen zu verarbeiten. Ausschlaggebend aber war der Kapitalmangel Deutschlands, während England und Belgien sich auf einen leistungsfähigen Geldmarkt stützen konnten und durch die Aktiengesellschaften der Industrie einen schnelleren Zufluß des Kapitals sicherten.

Die Ueberlegenheit der englischen Industrie hielt in Deutschland bis zum Jahre 1847 an. England hatte sich bis zu dem Jahre wieder von der schweren Krise erholt und fühlte nicht mehr das Bedürfnis, seine Waren auf jeden Fall nach Deutschland abzusetzen. Die deutsche Eisenindustrie blühte wieder auf, doch schon im Jahre 1850 kam ein Rückschlag und die Gegensätze begannen sich bei den Eisenindustriellen zu regen. Die Roheisenproduzenten beantragte bei der Regierung Erhöhung des Roheisenzolles, der im Jahre 1843 mit 1 Mk. pro Zentner festgesetzt worden war, während der Zentner Stabeisen von einem halben Quadratfuß im Querschnitt mit 4½ und unter einem halben Quadratfuß mit 7½ Mk. zu verzollt war. Dieser Beschluß wurde jedoch in seiner Wirkung sehr geschwächt, da Belgien eine Ermäßigung der Eisenzölle um 50 Proz. zugestanden erhielt.

Gegen die geforderte Erhöhung der Roheisenzölle machten die Stabeisen- und Eisenwarenfabrikanten energisch Front. Die Gutehoffnungshütte lehnte einen derartigen gemeinsamen Schritt ab, da ein höherer Zoll auf Roheisen nicht zu befürchten sei, dann aber auch, weil durch diesen Streit die Sache der Roh- und Stabeisenfabrikanten nur gefährdet werden könne. Bemerkenswert ist der Satz: „Trachten wir nach einer Vereinigung.“ Vor allem war die Leitung der Gutehoffnungshütte eifrig bestrebt, ein Zusammengehen zustande zu bringen. In welcher Weise es gelang, soll in der nächsten Nummer dargelegt werden.

August 1,64 Mill. Tonnen gegen 1,53 Mill. im gleichen Monat des Vorjahres. Gegen den 1. Juli allerdings, wo die Produktion 1,65 Mill. Tonnen betrug, sind die Augustzahlen etwas zurückgegangen, auch die Tagesproduktion. So lange sich aber der Rückgang in so engen Grenzen bewegt, kann von einem Konjunkturmessung nicht gesprochen werden, höchstens von kleiner weiterer Rückwärtsbewegung. Diese ist aber unter Umständen sehr gesund, denn jeder Markt hat seine natürliche Grenze in der Aufnahmefähigkeit. Ein Moment, das für eine Abschwächung auch in der Roheisenindustrie spricht, liegt in der zunehmenden Vermehrung des Lagerbestandes.

Der Versand des Stahlwerksverbandes war im August entschieden günstiger als im Juli. Während dieser einen starken Rückgang des Halbzugabfahres gebracht hatte, brachte der August wieder eine Vermehrung auf 127 504 Tonnen (im Juli 107 586 T.) Der Versand an Eisenbahnmateriale ist ebenfalls in die Höhe gegangen, während der an Formeisen zurückgegangen ist. Die letzte Tatsache läßt einen Rückschluß auf die Lage des Marktes zu, der sich immer noch in einem recht trübem Zustand befindet. Der Stahlwerksverband hat im Gegensatz zum Kohlenyndikat den Bedürfnissen der Zeit Rechnung getragen, indem er die Halbzugpreise für das 4. Vierteljahr um weitere 5 Mark herabsetzte (pro Tonne), nachdem er bereits die gleiche Ermäßigung für das 3. Vierteljahr vorgenommen hatte. Die Preise sind also seit Beginn des Jahres um 10 Mark zurückgegangen; sie stehen auf 82,50, 87,50 95 und 97,50 Mark, damit haben sie den gleichen Stand erreicht wie im 4. Vierteljahr 1908, dem die heutige wirtschaftliche Lage ähnlich sieht. Auch für Träger ist eine Preisermäßigung von 5 Mark pro Tonne für das 4. Vierteljahr eingetreten, sie kostet nunmehr 110 Mark, ein Preis, der vom 1. Quartal 1909 bis zum 2. des Jahres 1912 in Kraft war.

Auf dem Markte für Produkte hat sich wenig geändert. In Stabeisen scheint der Tiefstand überwunden zu sein, man glaubt bereits wieder ein Anziehen der Nachfrage zu bemerken. Von einer Preisaufbesserung zu sprechen, wäre verfröhlich, doch ist es tatsächlich unmöglich, daß die Preise weiter zurückgehen — eher wäre mit einer Einschränkung der Produktion zu rechnen. Das Gesagte gilt für den westdeutschen wie für den ostschlesischen Markt. In Blechen ist ebenfalls ein starker Rückgang der Preise eingetreten. Der Markt an Grobblechen litt außerdem durch den Streik auf den Werften. Aufträge in Schiffbaumaterial blieben in Folge dessen aus. Im übrigen war der Absatz von Blechen nicht unbefriedigend. Man glaubt auch hier, daß der Tiefstand der Preise bald überwunden sei und zu der Belebung des Geschäftes auch eine Besserung der Preise komme.

Das Geschäft an Schiffbaumaterial hat sich durch den angeführten Grund nicht unerheblich verschlechtert. Das Schiffbaustahlmontor hat zudem noch unter dem Wettbewerb der dem Kontor fernstehenden Werke zu leiden. Die Bemühungen, sie zum Anschluß zu bewegen, blieben erfolglos. Das gleiche Schicksal hatten die Zusammenschlußbestrebungen in der Drahtindustrie. Der Drahtmarkt liegt zwar sehr trüb, trotzdem aber gelang es nicht, die in Betracht kommenden Werke zu einem engeren Zusammengehen zu veranlassen.

Unter den mißlichen Verhältnissen, die im Baugewerbe herrschen, hat die Kleinenindustrie nicht wenig zu leiden. Hier ist noch nicht davon die Rede, daß die rückläufige Preisbewegung zum Stillstand gekommen sei. Das Exportgeschäft ist eben so ruhig wie das Inlandsgeschäft. Die Nachfrage nach Bau- und Möbelbeschlägen ist ziemlich ruhig, entsprechend der Bautätigkeit. Gut beschäftigt sind die Waffenfabriken, sie haben große Bestellungen, namentlich vom Ausland erhalten. In der Schneidwarenindustrie ist das Geschäft noch ruhig. Die Werkzeugfabriken haben bei wenig befriedigenden Preisen ausreichende Beschäftigung. In den durch Verbände geschützten Industrien ist die Lage im allgemeinen weit besser als bei den nicht kartellierten.

Während der letzten rückläufigen Konjunktur machte die Elektrizitätsindustrie eine rühmliche Ausnahme von der allgemeinen Lage, sie blieb durchweg gut beschäftigt. Man kann nun nicht sagen, daß heute die Beschäftigung nicht lebhaft wäre; aber die Vereinhaltung neuer Aufträge soll schwieriger geworden sein. An ein durch den Wettbewerb veranlaßtes Nachlassen der Preise ist kaum zu glauben. Wer soll denn den Wettbewerb machen. Die beiden bestehenden noch selbständigen Gesellschaften genießen ja nahezu ein Monopol und die Konkurrenz, die sie sich selbst machen, ist wohl nicht tragisch zu nehmen. Eine Kränkung der andern kein Auge aus.

**Aus der rheinisch-westfälischen Heizungsbranche.**

Durch die diesjährige Bewegung in der Rh.-Westf. Heizungsbranche ist, wie wir schon früher hervorgehoben haben, ein Monopolvertrag des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Verfertigung verschwunden. Diese Tatsache hat in Verbindung mit den verdrängten Bewegungen bei Bosch in Stuttgart und an der Wasserlande sehr unangenehme Gefühle bei den Rh.-Westf. Metallgenossen hervorgerufen. Um ihre Gefolgschaft über die Ratifikation im eigenen Lager hinwegzubringen, eröffnet man einen Verleumdungsflug gegen die christlichen Arbeiter und ihre Führer. Die Giftpfeile der Genossen richten sich vornehmlich gegen unsere Kollegen Leupke-Düsseldorf und Buhmann-Köln.

Weibe schwiegen natürlich nicht zu den Anrempelungen, sondern haben den Genossen ganz geregelt gesagt was ist. Die „Metallarbeiterzeitung“ erhielt vom Kollegen Leupke eine Berichtigung, die das Blatt in seiner Nummer 38 zum Ausdruck brachte. An die Berichtigung knüpfte der Gewährsmann der Metallarbeiterzeitung derartig mit Berunglimpungen und Verdächtigungen gespickte Randbemerkungen, die eine weitere Berichtigung nötig machten. Diese Berichtigung ist laut uns vorliegenden Posteinlieferungscheines dem Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes am 19. September durch Einschreibebrief zugesandt worden. Bis zum 4. Oktober dem Erscheinungstag der Nr. 40 der Metallarbeiterzeitung, hat das Blatt die Berichtigung nicht gebracht. Darum seien an dieser Stelle einige Bemerkungen dazu gemacht.

Die Rheinisch-Westf. Metallgenossen unterstellten dem Kollegen Leupke:

1. Seine erste Berichtigung enthalte soviel Unwahrheiten wie sie Säbe zähle und Leupke sei ein Arbeitswilligenvermittler.
2. Soll er die Forderungen bei der Bewegung in der Heizungsbranche als wahnsinnige und verrückte bezeichnen haben.
3. Bei der Düsseldorf Klemmerbewegung, die Anfang September 1913 beendet wurde, soll Leupke hinter dem Rücken der anderen Organisation mit den Unternehmern getuschelt haben, um diesen Streik mit aller Gewalt abzubringen.

Demgegenüber stellt Kollege L. in seiner Berichtigung fest, daß diese Behauptungen samt und sonderb unwahr sind. Daß die Düsseldorfer Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erneut von einem Arbeitswilligenvermittler rehet, trotzdem einer von ihnen der Genosse Marx wegen dieser beleidigenden Behauptung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, ist allerdings sehr stark. Doch den Leuten kann geholfen werden. Wenn ihnen dann aber die Augen dabei überlaufen, werden sie allerdings wieder von Klassenjustiz faßelt. Mögen sie, christliche Arbeiter sind nicht vogelfrei.

Ebenso erlogen ist die Behauptung, Leupke habe die Forderungen der Heizungsleute als wahnsinnige und verrückte bezeichnet. Tatsache ist, daß Leupke sich dagegen wehrte, als die Genossen während der friedlichen Verhandlungen die Forderungen verschärfen. Das bezeichnete Leupke als überspannt und zu weit gehend. Wenn die Metallgenossen dieses als dasselbe betrachten wie wahnsinnig und verrückt, dann hatte Otto Hue bestimmt Recht, als er sagte: „Die Sozialdemokratie sei nicht mehr weit vom Irrenhaus.“ Im übrigen hat Leupke mit dieser Bemerkung nicht mehr und nicht weniger gesagt, wie das auch der Führer der Düsseldorf Metallgenossen, der Herr Jäder getan hat. Der hat sich ebenfalls gegen die Verschärfung der Forderung während der Verhandlungen gewehrt. Wenn das gut war, muß man es auch für den Kollegen Leupke gelten lassen. Oder herrscht im Deutschen Metallarbeiterverband vielleicht der Grundsatz: „Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe“?

Die dritte Behauptung ist einfach borniert. Wie können die Genossen jetzt her kommen und behaupten, Leupke habe bei der Klemmerbewegung zu teufelmechteln versucht. Tatsache ist doch, das Genosse Jäder sich mit allen Schritten des Kollegen Leupke einverstanden erklärt hat. Wenn sie sich trotzdem eine solche hahnheißene Unwahrheit aus den Fingern saugen, so geht daraus hervor, in welcher mißlicher Situation die Metallgenossen stehen.

In ähnlicher Weise ist die Genossenschaft über den Kollegen Buhmann hergefallen. In diesem Falle stellte die „Rheinische Zeitung“ (in deren Druckerei wurde das bekannte 30 000 Mark Schwindelflugblatt gegen christliche Arbeiterführer hergestellt) ihr weißes Papier zur Verfügung. Kollege Buhmann sandte dem Blatt folgende Berichtigung, die es am 19. September abdruckte:

„In Nr. 215 vom 16. September 1913 der „Rheinischen Zeitung“ schreiben Sie in einem „Christlicher Größenwahr“ überschriebenen Artikel: „In Bonn sind auch sieben Mann von den Christlichen als Arbeitswillige in den Betrieb gegangen. Der christliche Beamte Buhmann hat auch dort in einer Versammlung gesagt, daß die Leute sich einfach mit der Firma verständigen sollten, dann können sie auch die Arbeit aufnehmen.“

Auf Grund des Paragraphen 11 des Brechgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist unwar, daß in Bonn sieben Mann von den Christlichen als Arbeitswillige in den Betrieb hineingegangen sind. Wahr ist, daß drei Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes und drei Christliche zu gleicher Zeit die Arbeit aufgenommen haben.

Es ist unwar, daß ich gesagt haben sollte, die Leute sollten sich mit der Firma verständigen und dann die Arbeit aufnehmen.

Wahr ist, daß Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes von mir Direktiven zur Wiederaufnahme der Arbeit haben wollten, daß ich aber den Leuten empfahlen habe, den Streik weiter zu führen.“

Ob dieser unzweideutigen Erklärung waren die Genossen zunächst baff. Dies geht daraus hervor, daß sie erst am 30. September die Sprache wiederfanden. (Die Berichtigung wurde am 19. veröffentlicht.)

Um den Christlichen in Bonn sieben Streikbrecher andichten zu können, fahren die Genossen in der Rheinischen am 30. September 6 Namen auf. Unter den sechs sind zwei enthalten, die z. Bt. der Arbeitsaufnahme in anderer Stellung und nicht in Bonn waren. Um die Zahl der roten Streikbrecher kleiner erscheinen zu lassen, läßt man einfach einige verschwinden. Sollte die Behauptung, die Streikbrecher des roten Verbandes seien nur einige Tage organisiert gewesen, als Entschuldigung gelten, so trifft dieses auch für die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes zu.

Auf ihre erste Behauptung, Buhmann habe gesagt, „die Leute sollten sich mit der Firma verständigen“, geht die rote Bezirksleitung nicht mehr ein, sondern sie rehet drum herum und sucht sich heraus zu winden. In der Versammlung wollte man von Buhmann eine Erklärung haben, ob die Leute weiter streiken sollten. Weis

der Strategie an der roten Bezirksleitung nicht, daß man eine solche Erklärung nicht geben kann? Wenn das möglich ist, hätte ja der rote Bezirksleiter nach Bonn kommen und eine Erklärung für die beiden sozialdemokratischen Streikbrecher K. und W. oder für die roten Streikbrecher bei Bechem und Post in Hagen abgeben können. War es nicht richtiger, die Arbeiter durch eine Abstimmung zu binden? Wenn die anwesenden Monteur dazu nicht kompetent waren, warum kam denn nicht der kompetente Mann von der roten Bezirksleitung in Düsseldorf? Auch das Gespräch mit dem roten Monteur, das die Rheinische Zeitung sich von der roten Bezirksleitung berichten läßt, entspricht nicht der Wahrheit. Der betreffende rote Monteur hat während der Versammlung dem Kollegen Buhmann ins Ohr geflüstert: „Warum soll denn eine Abstimmung stattfinden? Darauf ist die Antwort gegeben worden: „Um die Leute erneut an den Beschluß zu binden!“ Der Monteur antwortete: „Aber die Leute sind ja gar nicht zu halten, die stimmen gegen den Streik und deshalb dürfen wir nicht abstimmen lassen.“ Kollege Buhmann bemerkte dazu: „Damit kommen wir nicht zum Ziel, es ist besser klar zu sehen was los ist, als die Sache in sich abbrechen zu lassen!“

Der betreffende Monteur gab dieses zu; „aber wir dürfen nicht abstimmen“, sagte er, „weil keiner von der Bezirksleitung anwesend ist!“ Warum brüht sich die rote Bezirksleitung an der schwierigen Situation vorbei und schiebt unverantwortliche dorthin? Wenn die Verantwortlichen des roten Verbandes sich etwas mehr bei ihren Kollegen in Bonn hätten sehen lassen, dann brauchten die Mitglieder des roten Verbandes sich nicht schon am 25. Juli bei dem christlichen Verbandsbeamten zu erkundigen, ob sie noch nicht arbeiten dürften. Daran sieht man am besten, wo die Arbeitswilligen sitzen. Buhmann hatte von Anfang an den Kollegen empfohlen, den Streik weiter zu führen und nicht nach der Abstimmung, darauf haben sich auch die roten Monteur von Köln berufen.

Es ist sehr bedauerlich, daß die Metallgenossen Dinge behaupten, von denen sie nichts wissen können, weil sie nicht anwesend waren. Entweder sind die roten Führer von ihren Leuten angeulkt worden, oder sie suchen in böswilliger Weise andere Leute in den Schmutz zu ziehen, in dem sie selber waten. Für die christlichen Metallarbeiter der Heizungsbranche erbringt der rote Beschluß die Notwendigkeit unseren Verband immer mehr zu stärken. Dann sind ihre Monopolgelüste ein für allemal unmöglich.

**Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1912.**

Die österreichischen christlichen Gewerkschaften haben im letzten Jahre manchen harten Stoß auszuhalten müssen. Obwohl den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Kampf mit den separatistischen Organisationen viel zu schaffen machte, führten sie doch noch einen unerbittlichen Kampf gegen die christlichen Berufsorganisationen. Gilt der Kampf zwischen den zentralistischen und separatistischen Genossen im Wesen der Organisationsform, so ist der Kampf der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die christlichen ein Kampf zweier Weltanschauungen. Aus diesen Gegensätzen resultiert auch hier der Kampf zwischen Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaften, der sich mit der fortschreitenden Entwicklung der christlichen Berufsorganisationen noch verschärft. Kein Mittel lassen die Sozialdemokraten unversucht, um die Entwicklung der christlichen Berufsverbände unmöglich zu machen oder wenigstens zu behindern. Sogar Streiks wurden vom Baune gebrochen, die den Zweck haben sollten, die christlichen Gewerkschaften und deren Mitglieder zu schädigen.

Auch die traurigen politischen Verhältnisse Oesterreichs üben ihren Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung aus. Das Jahr 1912 mit seiner politischen Unsicherheit und der zeitweisen Gefahr eines kriegerischen Eingreifens durch Oesterreich-Ungarn in die Wirnisse am Balkan, um seine Lebensinteressen zu wahren, hat naturgemäß das Wirtschaftsleben in hohem Maße beeinflusst. Der verminderte Export und der Winder Absatz im Inlande äußerten sich in BetriebsEinstellungen, Arbeiterentlassungen, Reduzierung der Arbeitszeit usw. Die ungünstigen Verhältnisse trafen naturgemäß auch die Gewerkschaften, was bei deren Jahresbilanz und den außerordentlichen Anforderungen, die die große Zahl der Erwerbslosen an die Organisationen stellten, merklich zum Ausdruck kommt.

Wenn daher die christlichen Gewerkschaften trotzdem mit einem Mitgliedererwerb das Jahr 1912 abschließen, schreibt der „Christliche Gewerkschaftler“ „so zeugt diese Tatsache von der gesunden Grundlage, auf der sie aufgebaut sind.“

Bei Berücksichtigung des vorher Gesagten muß die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 als günstig bezeichnet werden. Die Zahl der Organisierten hat sich trotz der auf das Organisationsleben außerordentlich erschwerend wirkenden Krise nicht nur nicht verringert, sondern es ist sogar ein numerischer Fortschritt zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1912 war die Entwicklung befriedigend infolge der günstigen Konjunktur. Das zeigt sich auch darin, daß die Zahl der Beiträge größer war als 1911. Könnte das letzte Vierteljahr 1912 ausgeschaltet werden, so hätten die christlichen Gewerkschaften einen ausgiebigen Mitgliederzuwachs aufzuweisen.

Die Vortwärtentwicklung der christlichen Gewerkschaften zu fördern, wurde auch von gewissen Kreisen versucht, die alle Ursache hätten, sie zu unterstützen. Infolge der nationalen Verklüftung Oesterreichs ist die christliche Ge-

werkschaftsbewegung nicht so einheitlich, wie es wünschenswert wäre. Der Mitgliederzuwachs der in der Zentralkommission vereinigten 29 Organisationen beträgt 1254, das sind 2,69 Prozent. Die Zahl der Mitglieder Ende 1912 betrug 44 663. Die Zahl der außerhalb der Zentralkommission stehenden Organisierten beträgt 37 806. Die Gesamtmitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften Österreichs beträgt somit 82 469.

Die der Zentralkommission angehörenden Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Kronländer wie folgt: Wien 11 876; Niederösterreich (ohne Wien) 3137; Böhmen 3488; Mähren 3195; Schlesien 3216; Oberösterreich 5021; Salzburg und Steiermark je 1217; Kärnten 291; Krain 1647; Tirol 4080; Vorarlberg 723; Dalmatien, Friaul und Küstenland 698; Galizien und Bukovina 4311 und andere Länder 536.

Eine günstige Entwicklung können u. a. die Verbände der Bäcker, Berg- und Salinenarbeiter, Eisenbahner, Holzarbeiter, Krankenpfleger, Handelshilfsarbeiter, Handelsangestellte, Lederarbeiter, Papier- und chemische Arbeiter, Metallarbeiter, Schneider, Straßenarbeiter, Tabak- und Textilarbeiter aufweisen. Desgleichen haben auch die neugegründeten Verbände der graphischen Industrie, Heimarbeiterinnen und der Landes- und Gemeindefabrikarbeiter schöne Erfolge erzielt, die allerdings in der Bilanz für das Jahr 1912 nicht zur Geltung kommen. Die Organisationen verfügen zurzeit über 17 Fachblätter in einer Auflage von über 46 000 Exemplaren.

Bedeutend günstiger als die Mitgliederzahl entwickelten sich die Kassenverhältnisse. Es betragen in den letzten drei Jahren

Table with 2 columns: die Einnahmen and die Ausgaben. Rows for 1910, 1911, 1912.

Die Einnahmen stiegen somit um Kr. 88 677,69 oder um 12,03 Prozent, die Ausgaben um Kr. 62 568,46 oder um 12,47 Prozent. Das gesamte Vermögen betrug: 1910 Kr. 255 399,39; 1911 Kr. 303 786,04; 1912 Kr. 345 719,66. Die Vermögenszunahme beträgt gegen das Vorjahr Kr. 41 939,62 oder 13,8 Prozent.

Table with 2 columns: Die Ausgaben betragen and Zusammen Kr. Rows for various categories like Streit und Maßregelungsunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, etc.

Table with 2 columns: Andere Ausgaben and Zusammen Kr. Rows for Verbandsblätter, Bibliothek usw., Anteile der Ortsgruppen, etc.

Als eine Folge der Krise ist das Ansteigen der Arbeitslosenunterstützung um Kr. 21 352,10 zu betrachten, es ist aber auch der beste Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften in wirksamer Weise dazu beigetragen haben, die Krise für die Arbeiterschaft zu mildern. Auch bedeutende wirtschaftliche Erfolge konnten für die Arbeiterschaft erreicht werden. Von den 106 Lohnbewegungen, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren, konnten 69 auf friedlichem Wege beigelegt werden.

Von den 16 Gewerkschaftsblättern erscheinen eines wöchentlich, zwei alle 14 Tage, neun zweimal monatlich und vier monatlich einmal. In Berücksichtigung aller Schwierigkeiten, die sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung Österreichs im Jahre 1912 entgegenstellten, ist das Ergebnis befriedigend.

Allgemeine Rundschau.

Zu der Verleumdungsbroschüre Köhlings.

Der Zentralvorstand des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands teilte uns mit, daß er sich am Dienstag, 30. Sept., in einer neunstündigen Sitzung mit dem Anlagematerial befaßte, das die von dem entlassenen Verbandsbeamten Köhling herausgegebene Broschüre speziell gegen den Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Schiffer, enthält. Der Sitzung wohnten die in der Broschüre erwähnten früheren Mitglieder des Zentralvorstandes, sowie der Zentralassistent und der ebenfalls genannte Beamte der Unterstützungsabteilung, Herr Peter Roth, bei. Nach Vernehmung der erwähnten Personen und nach einer eingehenden und gewissenhaften Prüfung der durch Köhling gegen den Zentralvorstand einmütig zu der bestimmten und ehrlichen Überzeugung, daß diese Anklagen und ungewissenhaftigen Verdächtigungen vollständig haltlos sind. Insbesondere ergab die Prüfung, daß nicht der Schimmer eines Beweises dafür vorliegt, daß Herr Schiffer mit der in der Broschüre angeführten Selbstverleumdung als Schuldiger in Verbindung gebracht werden kann. Der Zentralvorstand ist im Gegenteil der zweifellosen Überzeugung, daß Herr Schiffer speziell in dieser Angelegenheit makellos dasteht.

Angeichts dessen liegt für den Zentralvorstand kein Grund vor, dem langjährigen, verdienstvollen Vorsitzenden das Vertrauen zu entziehen. Er erachtet es im Gegenteil als seine Pflicht, den Vorsitzenden in dem jetzt einsetzenden schweren Kampf gegen Lüge und Verleumdung zu unterstützen. Um jedoch möglichst volle Klarheit zu schaffen, billigt und unterstützt der Zentralvorstand den Entschluß seines Vorsitzenden, gerichtliche Klage gegen Köhling, wie auch gegen die fahrbaren Weiterverbreiter der verleumderischen Broschüre anzustrengen. Der Zentralvorstand wird seinerseits ebenfalls den Klageweg gegen jene rühmliche Behauptungen beschreiten, die für den gesamten Zentralvorstand beleidigend sind.

- Franz Fischer, zweiter Vorsitzender, Anton Heintmann, Schriftführer, Heinrich Camps — Ewald Weber — Johann Müller — Ernst Blankenagel — Hermann Otto

(Anmerkung der Redaktion.) Das Nachwort Köhlings stellt sich als ein Nachakt niedriger Art dar, damit ist der Mann in den Augen aller rechtlich denkenden Menschen gerichtet. Köhling schreibt in seiner Broschüre, daß er aus der christlichen Arbeiterbewegung für immer ausscheidet, jedenfalls soll ihm dieses die Brücke ins sozialdemokratische Lager schlagen helfen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt gierig über das Köhling'sche Nachwort herfällt und es in spaltenlangen Artikeln in ihrer Presse verbreitet, so beweist das nur, wie jämmerlich es zurzeit im sozialdemokratischen Lager bestellt sein muß. Es beweist, wie die Sozialdemokratie nach jedem Strohhalm greift, um ihren Massen ein Ablenkungsmittel zu bieten. Die christlichen Arbeiter werden sich durch dieses sozialdemokratische Manöver nicht beladen lassen.

In der Angelegenheit erhielten wir kurz vor Redaktionsschluß noch von anderer Seite eine längere Zuschrift, die wir in der nächsten Nummer wiedergeben werden.

Instalateure seid vorsichtig.

Das Landgericht Offen hat einen Instalateur wegen fahrlässiger Tötung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig, weil das Reichsgericht die dagegen eingelegte Revision verworfen hat. Der verurteilte Instalateur war seit Jahren im Fach tätig. Er stellte hauptsächlich elektrische Anlagen her, und stand zum Rrh.-W. Elektrizitätswerk in festem Vertragsverhältnis. In einer Bäckerei hatte er den Einbau eines sogenannten Nullausspannungsschalters übernommen. Der Instalateur hatte diese Arbeiten persönlich geleitet, aber die Anbringung einer Schutzkappe unterlassen.

Bei der Abnahme der Anlage war das beanstandet worden. Der Instalateur behauptete, er sei zur Anbringung der Schutzvorrichtung nicht verpflichtet. Das sei lediglich Sache des Werkes selbst, welches die Anlage nicht eher in Betrieb setzen lassen dürfe, als bis die Schutzkappe vorhanden gewesen sei. Außerdem habe sich der Besteller der Anlage selbst verpflichtet gehabt, für eine Schutzkappe zu sorgen. Der Instalateur bestritt deshalb auch die Verantwortung für einen tödlichen Unfall zu tragen, der sich etwa vier Wochen nach Inbetriebnahme durch den Mangel der Schutzkappe zugetragen hatte.

Zwei Bäckergesellen machten sich auf dem Wechselspeicher an dem Nullausspannungsschalter zu schaffen, von denen der eine bei einer unvorsichtigen Berührung des Schalters sofort getötet worden war. Ein Sachverständiger hatte erklärt, der Unglücksfall wäre vermieden worden, wenn eine Schutzkappe vorhanden gewesen wäre, für deren Anbringung der Instalateur verantwortlich. Diese Pflicht sei auch dem Angeklagten in dem mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke geschlossenen Vertrag ausdrücklich auferlegt gewesen. Bei dieser Sachlage trug das Gericht kein Bedenken den Instalateur zu verurteilen. Der Instalateur machte dann beim Reichsgericht geltend, daß Werk habe die Anlage nicht eher in Betrieb setzen dürfen, als bis die Schutzkappe angebracht gewesen sei, nur das Werk trage deshalb die Schuld an dem Unfälle. — Das Reichsgericht verwarf die eingelegte Revision.

Aus der Kellnerbewegung.

In letzter Zeit wird von der freien Gewerkschaft und von der Sozialdemokratie alles versucht, alle Gasthausangestellten in das rote Lager zu bekommen. In dieser Hinsicht sind alle Beamten und Vertrauensmänner der freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratie tätig. Ferner werden Hunderttausende von Flugblättern herausgegeben, die den Zweck verfolgen, Angestellte, Arbeitgeber und Behörden zu verhexen und zu beleidigen. So gab kürzlich der sozialdemokratische Verband der Gastwirtschaftsgehilfen in Elberfeld ein Flugblatt heraus, in dem behauptet wurde, ein christlicher Führer habe einen roten Kellner in Essen bei dem Bezirkskommando denunziert und insolgedessen sei der rote Kellner direkt zum Militär eingezogen worden. Auch wird versucht, den christlichen Führern Terrorismus nachzuweisen. Dieser Terrorismus soll darin bestehen, daß ein Beamter des Reichsverbandes der Gasthausangestellten zu rot organisierten Kellnern gesagt haben soll, sie möchten ihren Mund nicht so groß aufspannen, denn wenn ihr Arbeitgeber hiervon Kenntnis erhalte, würden sie außer Stellung kommen. Daß beide Behauptungen aus der Luft gegriffen sind, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Da nun die Führer der freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratie so feindsüchtig sind, seien eine Anzahl Fälle von wirklichem Terrorismus, die von ihnen und ihrem Anhang gegen Andersgänger angewandt worden sind, hier aufgeführt, um diese Wölfe im Schafspelz in ihrer wahren Gestalt zu zeigen.

In Düsseldorf war ein Mitglied des Reichsverbandes beim Wirt R. beschäftigt. Als die Genossen hier von Kenntnis erhielten, forderten sie den Kellner auf, zum roten Verbande überzutreten; als er sich weigerte, erfolgte seine Entlassung.

In Elberfeld kamen mehrere Genossen in das Cafe v. D., bestellten Getränke usw. Als sie alle bedient waren, stankten sie gemeinsam auf und verließen, ohne die Beche zu bezahlen, das Cafe mit dem Bemerkten: „Von einem christlichen Kellner lassen wir uns nicht bedienen!“

In Oberhausen kam ein Beamter der freien Gewerkschaft in das Lokal S., versuchte dort ein Mitglied des Reichsverbandes zu machen und forderte die Gäste öffentlich auf, sich von diesem Kellner nicht mehr bedienen zu lassen. Der Wirt verbot dem roten Gewerkschaftsführer sein Lokal. (Stabo)

In Duisburg mußte ein Kellner, um bei einer roten Feier arbeiten zu können, sich erst in den roten Verband aufnehmen lassen.

In Hamburg fand Mitte September eine Festlichkeit der Konjunkturgewerkschaft „Produktion“ statt. Hier forderte man von dem Kaffeehaus „Dornröschen“-Cafes, daß die dort beschäftigten 45 Kellner arbeitslos sollten. Als der Wirt sich weigerte, wurde der Betrieb vollständig gesperrt. Mit dieser Proben, die beliebt ergänzt werden können, sei für heute aufgehört. Aber nicht nur Terrorismus, sondern auch Verrat haben jene zu erwarten, die sich von sozialdemokratischen Kellnern bedienen lassen. Als Beispiel sei hervorgehoben: Kürzlich fand in Essen im Stadtpark ein Kongreß statt. Bevor der Kongreß zu Ende war, mußten die Führer der freien Gewerkschaften alles, selbst das, was in der geheimen Sitzung zur Sprache gebracht worden war. Bemerkte sei, daß dieser Kongreß von Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes der Gastwirtschaftsgehilfen bedient wurde.

Der Reichsverband der Gasthausangestellten steht auf dem Standpunkt, daß die Interessen der Gasthausangestellten durch das wütende Treiben des roten Verbandes gefährdet werden. Der

Reichsverband der Gasthausangestellten hat sich deshalb zur Aufgabe gestellt, alle Angestellten aufzuklären und auf dem Wege der gesetzlich erlaubten Selbsthilfe die wirklich gebräuchte Lage zu bessern.

Jungdeutschlandbund und Gelbe.

Schon mehrmals im Verlaufe der letzten Jahre sind wir auf die Beobachtung gestoßen, daß im Lager der Jungdeutschlandbunde in Bezug auf die Arbeiterbewegung eine große Konfusion herrscht. Dem Wesen der verschiedenen Richtungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung ist aneinander noch niemand von diesen Seiten so recht nachgegangen. Die ganze Tätigkeit auf diesem Gebiete beschränkt sich auf zwei Teile: Auf der einen Seite wird mit mehr Eifer als Geschick der Kreuzkrieg gegen die Sozialdemokratie gepredigt; auf der anderen Seite läuft man dem fadenförmigen bunten Wappennach, welchen die gelben Werkzeugs zum Zeichen ihrer nationalen Gesinnung mit viel Geschrei vor sich hertragen lassen. Würde man durch die gelbe Fadenförmigkeit etwas schärfer hindurch zu schauen sich bemühen, so würde auf dem Hintergrunde die Sozialdemokratie als Frucht der Erziehung im gelben Sinne sich darbieten.

Erfreulicherweise nahmen sich die Stimmen, die von solchen Stellen aus, an deren Unterstützung dem Jungdeutschlandbund immerhin etwas gelegen ist, gegen seine Konfusion in Sachen der Arbeiterbewegung energisch Front machen. So lesen wir in der „Wacht“ (Nr. 9), dem Organ der katholischen Jugendvereine:

„Der Jungdeutschlandbund nach Kräften klammert haben einige Disziplinierungsreue seiner Hauptversammlung (Berlin, 9. Mai 1913), allen voran der Polizeipräsident von Magdeburg, der nichts weniger verlangte als die Unterstützung der Arbeitgeberverbände und der gelben Gewerkschaften durch den Bund. Auch sonst wurden die gelben Gewerkschaften bei der Tagung empfohlen. Wenn das die Meinung ist, daß man mit Hilfe von einiger Kriegsgelddarstellung „nebenbei“ die arbeitende Jugend auf Gnade oder Ungnade den Unternehmern ausliefern will, dann mag man nur darauf verzichten, einen noch frei empfindenden Jungen für Jungdeutschland zu werben.“

Ganz recht so! Das beste Heilmittel auf diesem Gebiete ist gründliche Klarheit, die über die Beurteilung der Koffetterie mit den Gelben nicht den geringsten Zweifel läßt. Wir empfehlen das Beispiel, welches die „Wacht“ gibt, allenthalben zur Nachahmung!

Wie die Wissenschaft über die Gelben urteilt.

Trotz aller Anstrengungen will es den Nährvätern der Gelben nicht gelingen, die Wissenschaft auf ihre Seite zu bringen. Zu den vielen vorliegenden ablehnenden Urteilen über die Gelben kommt jetzt noch ein weiteres. Professor F. Tönnies-Kiel schreibt in seinem Buche „Die Entwicklung der sozialen Frage“ (Göthen, Berlin und Leipzig, G. J. Göthen, 1913) unter anderem:

„Neben allen diesen (freien, christlichen und kirchlich-katholischen) Verbindungen aber, die mit größerer oder geringerer Echtheit die Interessen der Arbeiterschaft kämpfend vertreten, machen neuerdings die „gelben“ Gewerkschaften immer mehr von sich reden, die im Gegensatz zu allen übrigen die Interessen des Kapitals zu vertreten für ihre nationale oder patriotische Aufgabe halten; man wird sie mit ihrer Hauptbestimmung als Organisationen des Streikbruchs auffassen dürfen, und leicht begreifen, daß sie sich lebhafter Förderung aus Unternehmerrreisen erfreuen, denen sie zum Teil ihr Leben verdanken.“

Gelbe Köhlinge.

In Leipzig besteht ein auf gelbem Boden stehender Stallschweizerbund, der sich vornehmlich mit dem Stellenvermittlungswesen und Warenhandel beschäftigt. Dieser Bund führt gegen den dem christlichen Forst-, Land- und Weinbergarbeiter-Verband angeschlossenen Plauener Schweizerbund einen ungewöhnlich heftigen rüchichtslosen Kampf, so daß seine jüngeren Mitglieder gegen die andere Vereinigung im hohen Maße verhetzt sind. In der „Allg. Schweizer-Ztg.“ berichtet ein Oberschweizer, daß einer seiner Unterschweizer, namens S..., der dem Leipziger Bund angehört, öffentlich gesagt habe: „Alle Unterschweizer, welche im Leipziger Bund sind, wollen von jetzt ab nur noch zu Oberschweizern gehen, welche im Plauener Bunde (das ist die dem christlichen Forst-, Land- und Weinbergarbeiter-Verband angeschlossene Stallschweizerorganisation. D. R.) sind; dort wollen sie ihr Fortschrittsziel begehren, indem sie die Kühe nicht rein ausmilchen, das Vieh misshandeln u. a. m., damit die Plauener Oberschweizer von seiten der Herrschaft entlassen und Mitglieder vom Leipziger Bund diese Stellen bekämen. Damit nicht genug, sie wollen sogar plötzlich die Arbeit niederlegen, und wo sich noch mehrere Unterschweizer befinden, diese veranlassen, die Arbeit mit ihnen zu verlassen. Der Oberschweizer berichtet dann weiter: „S... hat mir acht Kühe total im Melken verbrochen, er hat einen Kuh das rechte Auge blind geschlagen, er hat die Arbeit am 16. v. M. plötzlich niedergelegt! Er hat mit meine Leute mitgenommen.“

Der Oberschweizer zeigte dieses saubere Produkt der Verhetzung des Leipziger gelben Stallschweizerbundes dem Staatsanwalt an. Die Folge war, daß der Angeklagte vier Wochen Gefängnis bekam. Das Eigenartigste an der Sache ist, daß der Leipziger gelbe Stallschweizerbund, der solche Früchte zeitigt, für seine Stellenvermittlung die Unterstützung von Landwirtschaftskammern und, wie der Bund sich sogar rühmt, des „Bundes der Landwirte“ findet. Selbst in den „Veröffentlichungen des Königlich-preussischen Landes-Oekonomie-Kollegiums“ (Heft 11) erfreut sich der Leipziger Bund einer recht guten Behandlung. Es ist an der Zeit, weitere Kreise auf das Treiben des Leipziger gelben Bundes aufmerksam zu machen. So kann das nicht weiter gehen!

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhemania stehen die Arbeiter im Streik.

Die Nagellagerfabrik „Rheinland“ ist wegen Verweigerung des Koalitionsrechtes gesperrt.

Das Stahlwerk Krieger in Oberkassel ist für Former und Kernmacher gesperrt.

Selkenkirchen-Schalle. Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Böler & Comp., bestehen Differenzen im Fein- und Mehlfachzug.

Freudenberg i. Baden. Die Firma Gaaman ist gesperrt.

Ossen-Berge-Vorbeck. Auf der Zinkhütte in Berge-Vorbeck sind Differenzen ausgebrochen. Zugung ist fernzuhalten.

Belanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. Okt. der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. Oktober bis 19. Oktober 1913 fällig.

Neue Beitragsmarken.

Die Vorstehenden und Kassierer der Verwaltungsstellen seien jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, daß am Jahres-schluß neue Beitragsmarken ausgegeben und dadurch die jetzt geltenden im nächsten Jahr nicht mehr verwendet werden. Deshalb ist bei Nachbestellung von Marken für das letzte Vierteljahr darauf zu achten, daß nicht mehr Marken gefordert werden als unbedingt notwendig sind. Die Zusendung der neuen Marken erfolgt Mitte Dezember.

Militärunterstützung betreffend.

Bei der Auszahlung der Militärunterstützung an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen kommen nachstehende Bestimmungen in Betracht:

Militärunterstützung darf an die vom Militär zurückkehrenden Kollegen nur nach Anweisung der Hauptverwaltung ausbezahlt werden. Es ist dazu auf besonderen Formulare ein diesbezüglicher Antrag zu stellen. Falls das Mitgliebsbuch noch nicht während der Dienstzeit bei der Hauptverwaltung war, ist das Mitgliebsbuch zugleich mit dem Antrag einzusenden. Ohne Anweisung der Hauptverwaltung ausgezahlte Unterstützung wird nicht anerkannt.

Die zum Militär eintretenden Kollegen

mögen nachstehende Bestimmungen genau beachten:

Die Kollegen haben selbst dafür Sorge zu tragen, daß ihre Mitgliebsbücher bis zur letzten Woche gelebt - sofort beim Eintritt ins Militär - verhältnis an die Hauptverwaltung geschickt werden. Ebenso sollen sie selbst ihre Militäradresse - Garnison, Regiment, Kompagnie usw. - der Hauptverwaltung mitteilen.

Wer nicht rechtzeitig Buch und Adresse eingefandt hat, kann Militärunterstützung nicht erhalten.

Die Verbandsfunktionäre seien darauf aufmerksam gemacht, daß beim Eintritt zum Militär keine Unterstützung ausgezahlt werden darf.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hann. Wie Arbeiter gewertet werden, zeigt ein Vorfall, der sich kürzlich in dem Eisen- und Stahlwerk Hübner ereignete. Vom Betriebschef wurde der Drahtzieher S. gekündigt wegen Arbeitsmangel, wie man ihm zuerst bedeutete. Da aber im gleichen Augenblicke von der Wiederbesetzung seiner Stelle geredet wurde, klang der angeführte Grund nicht gerade überzeugend. Nach einem diesbezüglichen Hinweis gab der Betriebschef Rath wissen zu, daß S. nur deswegen gehen müsse, weil er (Herr Rath) Ruhe und Frieden im Betrieb haben wolle. Jede eingehende Beschwerde bringe eine Menge Arbeit mit sich und er (Rath) habe keine Lust, für eine Person (S) diese Mehrarbeit auf sich zu nehmen.

Dieser bezeichnende Vorgang hat eine Vorgefichte, deren Beschreibung das in manchen Betrieben herrschende Cliquenwesen in eigenartlichem Lichte erscheinen läßt.

Zur vergangenen Sommer traten die Arbeiter der Firma Hübner an die Betriebsleitung mit der Bitte um Erhöhung der viel zu niedrigen Tagelöhne heran. In der Verhandlungskommission befand sich auch S. Bei der Verhandlung selbst kam es zu einer Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage. Derjenige, der sie anschnitt, war der bekannte Oberste Heitjohann, und der deswegen vom Direktor in Gegenwart der Arbeiter einen Verweis erhielt. Seit dieser Stunde brannte der Haß dieses eingefleischten Gegners der Arbeiterorganisation lichterloh. Sein ganzes Denken und Trachten war darauf gerichtet, den organisierten Arbeitern eins auszuschütten. Die ganze Belegschaft ist sich darin einig, daß zu diesem Zwecke der Betriebsleiter stets in unwahrer Weise beizuhelfen wird.

Wundern muß man sich nur über das jetzt so eintige Zusammenhalten der als Antihoden bekannten Betriebsbeamten. Sie, die sich sonst nicht ausstehen konnten, sind jetzt wieder ein Herz und eine Seele und pflegen stundenlange Geheimkonferenzen im Betriebe. Ob diese Freundschaft der wirklichen Nachbarn im Betriebe für den neuen Betriebschef nicht dieselbe Gefahr bedeutet, wie für seine Vorgänger, kann ja abgemauert werden. Jedenfalls haben letztere infolge der „ehrlichen“ Arbeit dieser Hebermänner den Kürzeren gezogen. Es ging ihnen wie S. Dies wurde von Heitjohann sogar hinter dem Bierisch erzählt und darauf hingewiesen, daß „man“ auch mit Herrn Rath fertig werden würde.

Zur Mitwirkung bei dieser Verdrängungsarbeit versucht man auch die Arbeiterhaft des Werks zu gewinnen. Da dies ohne Erfolg blieb, beschwor man sich gegen die „Wissenden“ aus der Belegschaft und S. war als Opfer erkor. Ob man dabei gegen selbstgeerbene Grundsätze verstößt, steht die Herren absolut nicht an. Bei der eingangs erwähnten Bewegung zur Erhöhung der Tagelöhne wurde im Betriebe ein besonderer

Anschlag des Direktors ausgehängt, worin man die Arbeiter aufforderte, sich bei allen Differenzen und Beschwerden selbst an die Betriebsleitung oder an Herrn Hübner selber zu wenden und den Verbaud aus dem Spiele zu lassen. Kommen aber die Arbeiter einem solchen Ersuchen nach, dann sind sie überflüssig und können gehen, wenn sie auch noch so pflichttreu waren.

Wenn man allerdings glaubt, durch solche Maßnahmen die Leute mutlos zu machen, dann irrt man sich sehr. Auch in Zukunft werden die Arbeiter Wünsche und Beschwerden vorbringen, wenn dies notwendig wird, und wird man dann ja wohl einsehen, daß Unzufriedenheit einer Belegschaft nicht auf die Tätigkeit einer Person, sondern auf die Betriebsverhältnisse selbst zurückzuführen ist. Man komme den Arbeitern nun entgegen, dann wird man von der durch Beschwerden verursachten Mehrarbeit verschont bleiben.

Ob bei Anwendung der neuen Praxis das Werk besser floriert, wie bei der alten, von Herrn Hübner beliebten Methode, möchten wir sätlich bezweifeln. Es hat sich bis jetzt immer noch bewiesen, daß sich die Arbeitsfreudigkeit in dem Maße steigert, wie man Arbeiterrechte anerkennt. Das dürfte auch die Direktion des Werkes immer mehr einsehen, je mehr sie sich über den Charakter der Betriebsfunktionäre informiert. Auch gegenüber der Cliquenwirtschaft der Herren Heitjohann sen. und jun., welche letzterer trotz seines Rufes als Bureaubeamter mehr im Betriebe wie auf seiner Arbeitsstube weilt, sowie der Meister Raute und Verlenkopf werden wir die Rechte unserer Kollegen vertreten und jetzt erst recht mit aller Kraft dafür sorgen und wirken, daß auch der letzte Arbeiter der Firma Hübner den Weg zu seiner Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverbande, findet. Die Kollegen in Hamm-Vorbeck ersuchen wir, uns bei dieser Arbeit energisch zu unterstützen.

Stettin (Zieg). Die unhaltbaren Zustände, die sich im Laufe der letzten Zeit bei der Lokomotivfabrik Arnold Jung zeigten, sind wiederholt Gegenstand der Kritik in unserem Verbandsorgan gewesen. Kaum war nach der Bewerzung, Ende April dieses Jahres, etwas Ruhe eingetreten, über die an dieser Stelle berichtet wurde, als sich schon wieder Beschwerden bemerkbar machten. Was man sich hat die Arbeiterhaft hingewonnen, ein Zeichen, daß sie nicht kleinlich ist.

Die neuen Verhältnisse scheinen jedoch derart auszuarten, daß eine entscheidende Stellungnahme nötig wird. Von den vielen neuen Beamten will fast ein jeder der Welt glauben machen, an andern Orten würde billiger gearbeitet, so in Hannover, Berlin, Kassel usw. Die natürliche Folge von diesem Eumbugsystem ist dann eine lange Kette von stetigen Arbeitsveränderungen. Für die neuen Heißdampflokomotiven sind stellenweise Akkorde veranschlagt, für die nachher mehr wie das Doppelte gezahlt werden mußte. Wie sich in solchen Fällen die Beamten die Achtung der Arbeiterhaft erwerben und sich nicht der Lächerlichkeit preisgeben wollen, ist ihre Sache. Auch dürften einige der Herren sich daran gewöhnen, den Arbeitern gegenüber etwas mehr Anstand an den Tag zu legen.

Großes Beirunden erregte es, daß die Firma bei der Anstellung der vielen neuen Beamten so wenig die eigenen Leute berücksichtigte. Seit dem 30jährigen Bestehen des Werks und seiner stetigen Entwicklung hat sich auch die Arbeiterhaft merklich weiter bilden können, so daß auch unter ihnen genügend Kräfte vorhanden sind, die den Ansprüchen gerecht werden. Hinzu kommt, daß die eingearbeiteten Leute durch aus mit dem Betriebe vertraut sind. Daß man statt dessen nur auswärtige auf diese Stellen beruft und sie bevorzugt gegenüber den Arbeitern, die jahrelang der Firma treu und treulich ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, hat allgemein Mißbilligen erregt.

Leider glauben auch im hiesigen Betriebe noch viele Arbeiter ohne Organisation auskommen zu können. Dieser falschen Auffassung, sowie der Laune der Kollegen der Organisation gegenüber ist es mit an erster Stelle zuzuschreiben, daß so viele Missetände bestehen und tagtäglich neue hinzukommen. Wann endlich sehen diese Kollegen ein, daß gerade sie es sind, die eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit unmöglich machen? Ohne die Organisation und ohne eine große Zahl gewerkschaftlich gutgeschulter und opferwilliger Arbeiter wird es nicht möglich sein, bessere Verhältnisse zu schaffen. Darum rufen wir den Kollegen der Jung'schen Lokomotivfabrik erneut zu: Hinein in die Organisation! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Die schönen Erfolge unserer Organisation, die wir in der letzten Zeit erzielt haben, dürfen für uns kein Raub- oder Ruhepunkt werden. Sondern angesichts der gegenwärtigen Lage muß es erst recht heißen: Mit Volldampf vorwärts zur Agitation und zur Betätigung im Verbands! Mag dann die schleierhafte Zukunft bringen was sie will, wir werden ihr mit der größten Zuversicht beggnet können.

Stuttgart-Cannstadt. (Hirsch-Dundersche Neutrale und Kampfesweise.) Die Hirsch-Dundersche Generalkonferenz - im Arbeitermunde auch Berliner Kranke- und Sterbelade genannt - hatten zum 7. und 8. September nach Cannstadt und Stuttgart Versammlungen einberufen und sich dazu den Herrn Gleichauf (Berlin) als Referent verschrieben. Über diese Versammlungen berichtet der Hirsch-Dundersche „Regulator“ in Nr. 39. Selbstverständlich wird die Hirsch-Dundersche Organisation als die „einzig neutrale“ angepriesen. Zur Beleuchtung der politischen Neutralität der Hirsch-Dunder verdient aber hervorgehoben zu werden, daß der Referent sich in ziemlich umfangreicher Weise mit der fortschrittlichen Volkspartei beschäftigte, deren Vorzüge hervorhob und diese den Arbeitern empfahl. Der „Regulator“ schreibt auch von der „großen Zahl geladener Gäste“, die sich eingefunden hatten. Die Gäste waren vornehmlich fortschrittliche Parteimitglieder, die zum großen Teil gar nicht wußten, daß sie eine Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsversammlung füllen sollten. Nicht wenige kamen in die Stuttgarter Veeberhalle und fragten, wo die Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei stattfinden. Anscheinend hatte man die Einladungen direkt durch die Parteiorganisation der Fortschrittler machen lassen.

An der Cannstatter Versammlung nahmen auch einige Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes teil, die dazu eingeladen worden waren. Dazu berichtet der „Regulator“, „einige christlich“ organisierte jüngere Leute glaubten, für ihre Organisation im Trüben fischen zu müssen“. Darin wird von dem „Anfann, den diese christlichen Herren von sich gaben“, gesprochen, ohne daß man nur mit einem Wort deren Ausführungen, die den Hirschen sehr unangenehm waren, miteilt. Zum Schluß heißt es: „Kollege Gleichauf sprach denn auch in seinem Schlußwort von noch sehr jungen Herren, die überhaupt noch kein Verständnis für die Gewerkschaftsfrage haben.“

Da hat man ein illustriertes Beispiel Hirsch-Dunderscher Kampfesweise. Zuerst ladet man die Arbeiter, die man sich als Mitkämpfer wünscht, zur Versammlung ein. Als der Hirsch-

zug mischt, im Gegenteil die „jungen Herren“ den beabsichtigten Hirsch-Dunderschen Hinfang entlarven und zeigen, daß sie wohl Bescheid im Gewerkschaftswesen wissen, mehr als den Hirschen lieb war, da glaubt man sie mit einer solchen Behandlung abtun zu können. Sachlich konnte man dies ja nicht. Dabei war der Sprecher der angesprochenen „jungen Herren“ ein Arbeiter, der längst militärfrei ist. Einen 53jährigen evangelischen Mitgliede des christlichen Metallarbeiterverbandes, der ebenfalls zur „Ausnahme“ eingeladen war und sich erlaubte, einige Worte zu sagen, titulierte man vom Vorstands-tische aus einfach als „Dadel“. Das nennt sich Hirsch-Dundersche Neutralität und noble Kampfesweise.

Aus Lothringen. Eine Konferenz der Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes fand am Sonntag, den 28. September in Gageningen statt. Kollege Bäder hielt zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Situationsbericht und unsere Herbst- und Winteragitation“ ein längeres Referat, in dem er zunächst auf die Lage in der hiesigen Eisenindustrie zu sprechen kam. Er führte aus, daß in Lothringen fast ausschließlich Großeisenindustrie sei, in der meistens ungelernete Arbeiter beschäftigt würden. Maschinenindustrie ist nicht vorhanden, sondern neben der Grobeisenindustrie bestehen noch Eisenkonstruktionswerkstätten und kleinere handwerksmäßige Betriebe. In den Konstruktionswerkstätten finden wir eine fluktuierende Arbeiterhaft, die insofern nur schwer für gewerkschaftliche Arbeit zu bewegen ist. Die Gesellen in den handwerksmäßigen Betrieben haben bis jetzt den Weg zur Organisation noch nicht gefunden, weshalb in ganz Lothringen im Metallgewerbe noch kein einziger Lartvertrag besteht. Die Arbeiterhaft in der Metall- und Hüttenindustrie setzt sich aus einheimischen und zugewanderten Arbeitern zusammen. Die einheimische Arbeiterhaft ist von Hause aus an keine starke Organisation - wie sie die deutschen Gewerkschaften sind, gewöhnt. Auch haben diese Arbeiterkollegen bis jetzt wenig oder gar keine soziale und wirtschaftliche Bildungsmöglichkeiten gehabt, weshalb sie leicht dem Materialismus anheimfallen. Auch die nationalen Gegensätze, die in der Regel von Außenstehenden in die Arbeiterhaft hineingetragen werden, erschweren unsere Arbeit.

Unter den zugewanderten Arbeitern befinden sich viele Kollegen, die gleichgültig sind und aus ergebnislosen Gründen ihre Heimat verlassen haben. Es fällt diesen Leuten schwer, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Alles, was nicht so ist, wie in ihrer Heimat, wird herdergelt. Vor allem fällt es den Eingewanderten schwer, Anschluß an die christlich gefinnten Einheimischen zu finden, weshalb dann in der Regel Anschluß an unsaubere Elemente stattfindet. So kommt es denn auch, daß Hunderte von braven, christlich gefinnten zugewanderten Arbeitern in kurzer Zeit, wenn nicht gleich der Sozialdemokratie, doch der Gleichgültigkeit verfallen.

All diese Umstände tragen dazu bei, daß der Boden, den wir zu bearbeiten haben, steinig ist. Und doch sind auch in Lothringen Erfolge möglich. Aber nur dann, wenn wir uns den gegebenen Verhältnissen anpassen und den Nationalitätsfragen neutral gegenüberstellen. Am Erfolge zu erzielen, müssen wir aber auch Opfermut und Ausdauer besitzen. Nur dadurch war es möglich, daß wir in Metz zehn Zehntel der christlichen Gewerkschaften in kurzer Zeit gründen konnten. Auch in Diebenhofen besteht jetzt ein Kartell. Wenn wir auch im allgemeinen mit der Entwicklung des Verbandes in Lothringen nicht zufrieden sein können, so sind wir doch jetzt in allen wichtigen Orten vertreten und haben somit eine Grundlage geschaffen, auf der weitergearbeitet werden kann.

Der Referent kam dann eingehend auf die Herbst- und Winteragitation zu sprechen und empfahl besonders die Kleinarbeit und Agitation unter den jugendlichen Kollegen. Vor allem sollen bei der Jugendagitation auch die Einheimischen berücksichtigt werden. Eine weitere, gewerkschaftliche Ausbildung, besonders der jugendlichen Kollegen, ist in den Wintermonaten in Unterrichtskursen unbedingt notwendig.

In der Diskussion wurde behauptet, daß in Lothringen noch sehr viele Arbeiter Zeitungen halten, die direkt arbeitfeindlich sind und die die Gesellen fördern. Die Arbeiter sollen nur solche Zeitungen lesen, die auch über die Arbeiterbewegung und die christlichen Gewerkschaften berichten. Ein Diskussionsredner behandelte besonders die in Lothringen herrschende Vereinskneierei und die übermäßigen Vergütungen. Es ist eine Schande, daß die einzelnen Industriorte an Sonntagen nach den Sonntagen einer Kneierei gleichen. Hülle in allen Sälen, zweifelhafte Kapellen in den einzelnen Wirtschaften und Schauluden usw. auf den Straßen. Alles ist darauf zugeschnitten, den Arbeitern das Geld aus der Tasche zu locken und ihm dem Sumpf entgegenzuführen. Arbeitergeiz und auch die Sozialdemokratie scheuen in diesen Dingen stillschweigend Hand in Hand zu arbeiten, beide haben aneinander ein Interesse an einer vollständig versumpften Arbeiterhaft. Selbst die Behörde macht nicht einmal ernstlich gegen diese Mißstände Front. Auch wurde behauptet, daß in Werkskantinen und Werksfontänen Alkohol verabreicht wird. Es wurde der Wunsch geäußert, die christlichen Gewerkschaften Lothringens möchten energisch den Kampf gegen diese Zustände aufnehmen.

Nachdem Kollege Füller-Mey einen Vortrag über „Wie betreiben wir erfolgreiche Hausagitation“ gehalten hatte und Kollege Bäder-Mey einen solchen über „Verwaltungsarbeiten“, wurde die Konferenz geschlossen.

Kollegen von Lothringen! Jetzt heißt es, daß Gehörte in die Tat umsetzen. Nur durch unermüdete, eifrige Arbeit, durch fortwährende Agitation auf der Werkstätte und besonders durch Hausagitation kann der Verband dort Erfolge erzielen. Ihr seid es selbst schuld, wenn die Arbeitsverhältnisse in Lothringen so schlechte sind. Stärkt eure Organisation, dann werden diese Mißstände behoben werden. Durch Schimpfen hinter dem Wirtschaftstisch erreicht Ihr nichts. Dadurch erhaltet Ihr auch nicht einen Pfennig Lohnerhöhung oder eine Minute Arbeitszeitverlängerung. Arbeiter seid Ihr und für die Arbeiter ist die einzige Interessengvertretung die Organisation.

Die sozialdemokratische Düsseldorf Volkszeitung (Nr. 216) veröffentlicht unter der Überschrift: „Ein müdiger Christlicher“ folgendes dem Simplicitätimus entnommenes Artikel:

Königl. Amtsgericht.

Geschäftsnummer:

..... D. . . . . August 1913;

Aus Anlaß des Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Kaisers und Königs ist Ihnen die Zahlung der durch Urteil des hiesigen Schöffengerichts vom . . . 1913 festgesetzten Geldstrafe von 6 Mark nicht erlassen worden.

Die Geldstrafe ist binnen einer Woche an die hiesige Gerichtskasse zu zahlen.

Auf Anordnung:

R. R.

Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

Dieses Urteilstück soll nach den Ausführungen eines im hiesigen roten Metallarbeiterbureau stehenden Hintermannes der „Volkzeitung“ vom Tüßeldorfer Amtsgericht stammen. Letzterer hat einen christlich organisierten Arbeiter, der vom Genossen Sembler, früher Solingen, jetzt in Stuttgart, auf Verreiben eines hiesigen Metallgenossen verklagt worden war, zu 6 M. Geldstrafe verurteilt. Der christlich organisierte Metallarbeiter soll nun die Gnade des Königs angerufen und darauf obige Antwort erhalten haben. Gestützt ist diese Behauptung auf eine zuerst eingelegte Berufung, die zurückgeworfen wurde, weil uns die in einer sozialdemokratischen Betriebsversammlung gemachten Ausführungen des christlichen Metallarbeiters in zweierlei Ausführungen wiedergegeben wurden. Da der christliche Arbeiter aber nicht die Gnade des Landesherren angerufen hat und von obigen Urteilstück nicht das geringste weiß, so sandte er der roten „Volkzeitung“ eine Berichtigung, die das Blatt (Nr. 226) nach vielen Nennungen veröffentlicht. In der Berichtigung wird festgestellt, daß der christlich organisierte Arbeiter weder persönlich noch durch andere, gestützt auf den Jubiläumserlass an das Amtsgericht oder eine andere Instanz, um Nachlassung der sechs Mark geschriebe habe. Tatsache sei ferner, daß Sembler Streikarbeit gegen Provision erhandelt hätte.

Trotz dieser einwandfreien Erklärung wollte die sozialdemokratische „Volkzeitung“ nicht „begreifen“, daß die Behauptungen über das Urteilstück des „Simplizissimus“ aus den Fingern geflogen seien. Das rote Blatt behauptete erneut, es sei Tatsache, „daß in der Privatklagesache Sembler gegen St. das vom „Simplizissimus“ und in der „Volkzeitung“ wiedergegebene Urteilstück ausgearbeitet und abgesandt worden ist.“ Damit wird also nicht wieder behauptet, daß der christlich organisierte Metallarbeiter die Gnade des Königs angerufen, wohl aber das veröffentlichte Schriftstück abgesandt sei. Diese Behauptung zeigte uns den Weg, auf dem auch „rote“ Fische aus dem Bau zu Locken sind. Ist nämlich ein Urteilstück in Händen der „Volkzeitung“ oder irgend einer anderen Person, so müßte dessen Ausfertigung eigentlich doch im Namen des christlichen Arbeiters erfolgt sein. Dieser hat aber kein Geheiß anfertigen lassen, das kann zu jeder Zeit durch sein eidlches Zeugnis bewiesen werden. Deswegen sandte er der „Volkzeitung“ eine weitere Berichtigung, die in der Nr. 231 veröffentlicht wurde.

In dieser Berichtigung wurde festgestellt, daß der christliche Arbeiter kein Schriftstück erhalten hat, wie es der „Simplizissimus“ und die „Volkzeitung“ (Nr. 216) wiedergegeben haben. Nicht konnte er ein solches gar nicht erhalten, weil weder er persönlich an das Amtsgericht oder eine andere Instanz um Nachlassung der geringen Geldstrafe geschrieben hat, noch durch andere hat schreiben lassen. An dieser Erklärung war nicht zu denken. Der „rote Fisch“ mußte eingestehen, gelogen zu haben oder die Quelle angeben, aus der er geschöpft hat. Er zog letzteres vor und schrieb:

„Wenn — was möglich sein mag — nur der Privatkläger, nicht aber der Beklagte, ein solches (Urteilstück) erhalten, so berechtigt das den letzteren noch lange nicht, nun einfach led zu „berichtigen“.

Die Sache könnte also nur so liegen, wenn der Volkzeitungsman die Wahrheit sagte, daß der Privatkläger Sembler sich für den Privatbeklagten ins Zeug gelegt, um Nachlassung der Strafe ersucht und zum diese Antwort erhalten hat. Das ist aber kaum anzunehmen. Daher antworten wir: Wenn — was möglich sein mag — der Artikelschreiber oder eine von ihm beauftragte Person, fälschlich den Namen des Privatklägers oder Privatbeklagten gebraucht, um sich in den Besitz eines derartigen Schriftstückes zu setzen, um dann in solcher Geschäftigkeit einer unbeeiligten christlich organisierten Arbeiter höhnisch herunterzusehen, so zeigt sich hier ein neuer Weg einer ganz jämmerlichen sozialdemokratischen Kampfwiese gegen die den Genossen verhassten christlichen Gewerkschaften und ihre Mitglieder. Nichts wie Schwindel und Verleumdungen sind die sozialdemokratischen Behauptungen.

**Danzig.** Einen schönen Erfolg erzielte die christlich-nationale Arbeiterschaft bei der Ausschreibung zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzigs am 26. September ds. Jz. In den bisher bestandenen 21 Krankenkassen zu Danzig, die alle am 1. Januar 1914 durch die Allgemeine Ortskrankenkasse abgelöst werden, hatten die christlichen Gewerkschaften nur wenige Vertreter aufzuweisen. Bei der Wahl am 26. September wurden 4976 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Christlichen 2152 Stimmen, gleich 13 Vertreter, die Sozialdemokraten 2508 Stimmen, gleich 16 Vertreter und die S.-D. 268 Stimmen, gleich 1 Vertreter. Mit diesem Resultat kann die christlich organisierte Arbeiterschaft zufrieden sein. Besonderen Dank gebührt den wackeren Vertrauensmännern der christlichen Gewerkschaften. Kühn zu kämpfen hatten sie gegen das rohe Vorgehen der Genossen, die mit Gemeinheiten aller Art operierten und den christlichen Arbeitern Prügel und Messerschnitte androhten. Mit Mut kämpften die christlichen Arbeiter für ihre gerechte Sache. Mögen unsere Kollegen ebenso ihren Mann stellen bei den in nächster Zeit stattfindenden Vertreterwahlen zu den einzelnen Betriebskrankenkassen. Dem Mutigen gehört die Welt.

**Nachen.** Bei der Gewerbegerichtswahl zur Kammer S. haben Stimmen erhalten: Die christliche Liste 1699, die sozialdemokratische 1306. Das Gewerbegericht wird in den nächsten Jahren wiederum nur von christlichen Besitzern besetzt. Damit ist die Hoffnung der Sozialdemokraten, die christlichen Besitzern verbürden zu können, aufhoben geworden. Auffällig ist der starke Stimmengewinn gegen die Wahl im Jahre 1910. Damals erhielten Stimmen: Christliche 2252, Sozialdemokraten 1715 und die S.-D. Liste 436. Es sind also 1398 Stimmen weniger abgegeben worden wie 1910. Die Hirsch-Dunderthaler hatten diesmal keine Kandidaten aufgestellt. Beobachtet wurde aber, daß ein großer Teil doch gewählt hat. Teilweise wählten dieselben unter Oberaufsicht der Genossen. Wer die Hirsch-Dunderthaler Mitglieder kennt, weiß auch, daß diese nicht für die christlichen Kandidaten eintreten. Sieht man nun in Betracht, daß die Genossen auf diese Art noch eine ziemliche Verstärkung erhalten haben, so ist der Stimmengewinn für die Genossen eine glatte Niederlage. Im Jahre 1910 ließ Genosse Bohratz anlässlich der Gewerbegerichtswahl im Wahllokal des Jünglingshauses in der Tüßeldorfer Straße seine Augen durch den schönen Saal schweifen und sprach mit prophetischem Pathos zu seinen Genossen: In diesem schönen Saal werden wir einmal unsern Parteitag abhalten. Neulich sprach Bohratz in seinem ersten Flugblatt zur Gewerbegerichtswahl der Kammer S. Es wurde die Stimmzunahme von einer Wahl zur anderen triumphierend hervorgehoben und ausgeführt, daß das Nachener Gewerbe-

gericht mit Bestimmtheit in den Besitz der Genossen gelangen würde. Und nach beiden Wahlen müssen die Genossen einen derartigen Rückgang feststellen!

Es ist also in Nachen dieselbe Situation wie im übrigen deutschen Reich, es geht nicht mehr voran im Genossenlager. Was mag die Ursache sein? In Nachen auf den Fabriken behaupten böse Zungen, es sei der ominöse Döhl schuld, den man im vorigen Jahre auf „Groß-Livoli“ gebraten. Man habe sich über die Hürner nicht einigen können und sei deshalb in Streit geraten. Es können aber auch andere Ursachen sein. Tatsache ist, daß infolge Unstimmigkeiten im Genossenlager stark herrscht. Dann suchen die Genossenschaftler ihre Massen abzulenken und alle Schlichtigkeiten werden erzwungen und die Massen auf die christlichen Arbeiter und ihre Führer losgelockt.

Einen Wahllampf, wie den jetzigen, hat die christliche Arbeiterschaft in Nachen noch nicht zu bestehen gehabt. Alle Teufeleien und Schlichtigkeiten wurden zusammengekommen, sogar ein eigenes „Teufelsflugblatt“ wurde herausgegeben. Doch alles hat nicht geholfen. Leider steht diesen scharfen Kämpfen der größte Teil der Nachener Arbeiterschaft noch gleichgültig gegenüber. Wie könnte es sonst vor kommen, daß so viele christliche Arbeiter einer so wichtigen Wahl fernbleiben. Gewiß haben eine Anzahl Arbeitgeber sich geweigert, die Wahllegitimationslisten auszufüllen. Auf verschiedenen Fabriken haben Büroangestellte teil mit, teils ohne Wissen christliche Arbeiter in die Liste nicht eingetragen. Dies alles entschuldigt aber nicht daß die eingetragenen Wähler ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Wir hoffen, daß alle christlich denkenden Arbeiter aus der jetzt bevorstehenden Gewerbegerichtswahl das eine gelernt haben, daß bei einer solchen Gleichgültigkeit unsere schärfsten Gegner einen billigen Sieg davon tragen könnten.

**Olpe I. M.** Der idyllisch gelegene Teil uneres sauerländischen Kreises hat in den letzten Monaten ein schönes Bild lebendiger Betätigung im christlichen Metallarbeiterverband. Schon manche Wandlung hat sich hier in der Organisation der Metallarbeiter vollzogen. Hirsch-Dunderthaler und sozialdemokratische Zentralverbände verdrängten hier Anhang zu gewinnen und auch unser Verband war schon früher mehr oder weniger vertreten. Heute ist die Situation jedoch bedeutend besser. Die systematisch betriebene Aufklärung hat dieses ermöglicht. Die Ansichten der Lokals- oder der anderen Organisationsrichtungen sind von den hiesigen Metallarbeitern für immer abgelegt worden. Das Terrain ist für unsern Verband gewonnen.

Die in dem Kreisstädtchen Olpe im Laufe des Sommers gemeinsam auf fünf Werken geführte Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit, Zahlung eines Zuschlages für Ueberstunden hat den Metallarbeitern eine nicht zu unterschätzende Vergünstigung gebracht. Inzwischen sind noch sonstige Vorteile, namentlich auf dem Wasserwerk Neuenberg, erzielt worden. Andere wichtige Fragen für diese Kollegen und für die des Drahtzuges des Rheinisch-Westfälischen Kupferwerkes schweben noch. Wir hegen die bestimmte Hoffnung, daß wir auch auf diesen Werken zum Ziele gelangen.

Mit der äußeren Zunahme uneres Verbandes muß aber auch der innere Ausbau, die innere Festigung Hand in Hand gehen. So ist es möglich, eine wirklich festfundierte Ortsgruppe zu bekommen. Das waren die Grundgedanken der letzten Vorstand- und Vertrauensmännerziehung in Olpe. Der vom Kollegen Mauer angeregten Betätigung wurde allgemein zugestimmt, und die Aussprache bezugte, daß die Kollegen fest gewillt sind, die Worte in die Tat umzusetzen. Namentlich der kommende Herbst und Winter soll zur fleißigen Agitation genutzt werden. Um unsere Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner voll und ganz ihre Pflicht, dann kann man auch von den Mitgliedern erwarten, daß sie ebenso eifrig und tatkräftig an der Stärkung uneres Verbandes mitarbeiten und ihren Pflichten gegen die Organisation nachkommen. Nur die Ausdauer führt zum Ziele; eine kampferprobte Truppe läßt sich durch nichts manken machen, sie kennt ihr Ziel, auf das sie loszieht, um es zu gewinnen. Genau so acht es in der Gewerkschaft. Auch bei ihr blüht nur dem Mutigen, dem Ausdauernden Erfolg. Das zeigt am besten eine Ortsgruppe des Sauerlandes. Steht man auf der hohen, mächtigen Quadersteinmauer der Hirschtalperre und läßt seine Blicke in das Tal schweifen, so sieht man eine kleine Fabrik dort liegen, in welcher Gabeln hergestellt werden. Ein Jahr ist es her, seit diese Kollegen, vierzig an der Zahl, den Weg zu unserem Verbands zurückgefunden haben. Frühere Gründungen hielten nicht lange aus. Durch die unermüdblichen Anstrengungen einiger Kollegen ist es gelungen, die ganze Belegschaft wieder dem Verbands zuzuführen. Das war ein guter Erfolg der Ausdauer unserer Kollegen. Freilich konnten nicht alle Abzüge, die die Kollegen in der Zeit ihres Nichtorganisiertseins erlitten, wettgemacht werden. Es ist eben schwer, das in kurzer Zeit wieder gut zu machen, was jahrelang verfaulmt wurde. Aber die Zeit und die unermüdbliche Arbeit für die Organisation werden auch hier Wandel schaffen.

Die erzielten Erfolge hatten ebenfalls auf andere Werken den Organisationsgedanken losgelöst. Lohnabhängige oder jährliche Verhältnisse in den Betrieben wirken auch mit bei der Organisation. So konnte der Verband Eingang finden in Gerlingen, Sondern, Rohde und Sickermer. In letzterem Orte und in Drolshagen klappt die Sache noch nicht so ganz. Gegen die gewerkschaftlichen „Kinderkrankheiten“, die sich naturgemäß bei allen Neugründungen zeigen, scheint man hier noch nicht das nötige Gegenmittel zu besitzen. Jedoch wird den Kollegen auch hier, wo noch traurige Zustände herrschen, ein besseres Bewußtsein kommen, wenn das bekannte alte Ende sich zeigt. Die Kollegen von diesen Orten, die unsere Sache richtig erkannt haben, mögen deshalb nicht den Mut verlieren, denn über kurz oder lang finden wir uns doch wieder in unserem Verbands.

Daß man auch in andern Kreisen der Einführung uneres Verbandes lebhaftes Interesse entgegenbringt und Freude darüber empfindet, kam u. a. auf der jüngsten Veranstaltung der Arbeitervereine in Sondern zum Ausdruck. Der in seiner Heimat zur Erholung weilende, für die Arbeiterschaft hochverdiente Reichstagsabgeordnete Herr Prof. Dr. Hise, der das Fest mit einer Ansprache beehrte, beglückwünschte seine Landsleute zu diesem Schritt und forderte sie in warmen Worten auf, nunmehr auch dauernd dem christlichen Metallarbeiterverband anzugehören und sich eifrig in ihm zu betätigen. Ein gleiches Urteil wurde auch in Rohde gefällt auf der öffentlichen Versammlung uneres Verbandes, in welcher Kollege Mauer die Krankenkassenwahl besprach. Auch zu dieser Versammlung hatte Herr Professor Hise auf Einladung der Kollegen sein Erscheinen zugesagt, woran er aber durch plötzliche Abreise verhindert worden war. Wohl aber beehrte der Herr Dr. Hise die Versammlung durch seine Anwesenheit und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß endlich seine Warrangehörigen den Weg zu unserem Verbands gefunden hätten. Trotzdem die Einführung desselben erst vor einigen Wochen erfolgte, haben wir es hier doch schon auf 90 Mitglieder bringen können. Es gilt jetzt die noch abseitsstehenden Kollegen ebenfalls für uns zu gewinnen, um die Interessen der Arbeiter und d-

Verbandes im Sauerland gegen jeden Gegner verteidigen zu können.

Wenn auch diese Rundschau nicht vollständig ist, so zeigt sie doch den Kollegen, daß die Verbandsarbeit der letzten Zeit ebenfalls eine erfolgreiche war. Das liegt im ureigenen Interesse der Metallarbeiter selbst. Noch stehen uns in der Zukunft große Aufgaben und Schwierigkeiten bevor. Sie überwinden helfen, muß die Parole eines jeden Kollegen sein. Wir wollen keine Alltagsgewerkschaftler sein. Die schlummernden Kräfte in uns müssen erwachen und sich emporreden zu frischer Betätigung im Verbands, sei es als Vorstandsmitglied, Vertrauensmann oder Mitglied. Tun wir so unsere Pflicht unserem Verbands gegenüber, dann werden wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausbessern und dem Arbeiterstand die ihm gebührende Stellung im Wirtschaftsleben erringen. Darum Kollegen: Auf zur Tat!

## Gelbeingänge bei der Hauptliste.

Monat September.

Merzweiler 2.54, Chemnitz 120, Stuttgart 500, Essen 3000, Gelsenkirchen 1078.58, Beverungen 97.71, Krefeld 400, Düsseldorf 1000, Nürnberg 1000, Menden 100, Duisburg 6134.31, Siegen 700, M. Gladbach 800, Lüdenscheid 820, Nachen 1600, Barmen 900, Solingen 900, Frankfurt 35, Lippstadt 500, Olpe 400, Ufm 260, Werdohl 300, Düren 27, Düsseldorf 1200, Dortmund 1200, Saarbrücken 1187.54, Augsburg 450, Köln 410, Hannover 350, Stolberg 1200, Schweinfurt 500, Eupen 37.40, Naldorfzell 150, Werdohl 200, Sanum 1000, Delb 400, Hagen 1191.78.

## Briefkasten.

Düsseldorfer und Stettin. Berichte mußten wegen Raum mangel zurückbleiben.

## Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Veräumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 11. Oktober.

- Bremen. Abends 8.45 im Colosseum, Dübenerstr.
- Berlin-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Tiede, Hustenstraße 4-5.
- Barmen. Abends 8.30 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wühlingshanerstraße.
- Krefeld-Stadt. Abends 9 Uhr bei Richter, Dübenerstr.
- Dortmund 2. Abends 8.30 bei Kleinberg, Determarckstr.
- Düsseldorf-Deerhof. Abends 8.30 Uhr bei Querting, Ecke Münster- und Barbarastr.
- Düsseldorfer-Mattigen. Abends 9 Uhr bei Kärtner, Bachemerstr.
- Essen-Vorbeck-Schönebeck. Abends 8.15 Uhr bei Meternagel.
- Hagen-Alfstadt. Abends 8.30 Uhr bei Gichoff, Körnerstraße 17.
- Hamburg. Abends 8.30 Uhr in Willers's Gesellschaftshaus, Köhlhöfen 2.
- Saan. Abends 8.30 bei Krahnollet.
- Köln-Stadt. Schmiede-Sektion. Abends 8.30 „Zur Ratsmühle“ Reumarkt 18.
- Köln-Lindenthal. Abends 8.30 Uhr bei Sadtler, Bachemerstr. 12.
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten, Herrenstraße 34.
- Münchenscb. Abends 8.30 Uhr bei Demer, Wilhelmstraße.
- Markredwitz. Abends 8.30 im kathol. Vereinshaus.
- München-Ortsverwaltung. Abends 8 Uhr im Lokale Leopoldstraße Senefelderstraße 11.
- Delbe. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
- Stuttgarter-Ludwigsburg. Jugendliche. Abends 7 Uhr bei Weismann.
- Stuttgarter-Ruffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Stuttgarter-Fuehrbach. Im Lokale zum gold. Fische, Stuttgarterstr.
- Sohlseide. Abends 8.30 bei Bme, Lange.
- Vöhrwinkel. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Katterstr. 178.
- Würzburg. Abends 8 Uhr im Lokale Zint-Hoffmann, Herrengasse.

Sonntag, den 12. Oktober.

- Docholt. Vorm. 11.15 Uhr im Restaurant Stadt Münster.
- Dachum-Miemke. Vorm. 11 Uhr bei Krüger.
- Beechenburg. Vormittags 11 Uhr bei Grilloff.
- Bekum. Vorm. 11 Uhr bei C. S. Schulte, am Markt.
- Brühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Wühlstraße 8.
- Chemnitz. Vorm. 10.30 Uhr im Baderinnungshaus, Reibbahnstr. 2.
- Crefeld-Güld. Morgens 10.30 bei Reits. Vortrag.
- Düsseldorfer-Alt. Vormittags 11 Uhr im Lokale Haasevelt, Gumbelstraße 120.
- Düsseldorfer-Oberkassel. Vormittags 11.30 Uhr im Lokale Wöfel, Quaallee 50.
- Dortmund-Wetur. Nachmittags 4 Uhr im Lokale Tellenberg.
- Dortmund-Lünen-Weismar. Vorm. 11 Uhr bei Melchers.
- Düsseldorfer-Unterath. Vorm. 11 Uhr bei Feuler, Kürteustr. 14.
- Danzig-Jugendklasse. Vorm. 11.30 im Josephshaus.
- Durlach. Vorm. 10.30 Uhr im Bahnhof.
- Essen-Kleinnetze. Morgens 10.45 in der „Bürgerhalle“ Kottb.
- Essen-Jugendklasse. Nachm. 4.30 im Gelsenhaus, Steelerstraße 36, 1. Etage.
- Essen-Altendorf. Vorm. 11 Uhr bei Trilpe, Altendorferstr. 299.
- Essen-Dattrop. Nachm. 8.30 bei Frogemann.
- Essen-Mittelscheid. Abds. 7.30 Uhr bei Bremekamp.
- Großenbaum. Nachm. 5 Uhr bei Hantenschheim.
- Großenberg. Nachmittags 2 Uhr im evang. Vereinshaus.
- Saan-Solingen. Vormittags 11 Uhr bei Krahnollet. (Jugendklasse)
- Köln-Salf. Morgens 10.30 bei Hüttenberg, Breuerstraße 14.
- Lünen-Weismar. Vormittags 11 Uhr bei Melchers.
- M. Gladbach. Morgens 10 Uhr bei Lamberg, Wilhelm- u. Steelerstr.-Ecke.
- Mülheim-Ruhr. Vorm. 11 Uhr bei Düker, Froisentisch.
- Manheim-Bierenheim. Nachm. 4 Uhr im „Storch“.
- Meckernich. Morgens 11 Uhr bei Giebler.
- Rotenburg a. M. Vorm. 10 Uhr im Engel.
- Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im Mündener Hof.
- Süß. Morgens 11 Uhr bei Döfer.

Montag, den 13. Oktober.

Düsseldorfer-Grebenbroich. Abends 7 Uhr bei Dienefeld, Rheinbierstr.

Dienstag, den 14. Oktober.

Danzig-Lanental. Abends 8 Uhr bei Wölle.

Mittwoch, den 15. Oktober.

Dortmund-Kleinnetze. Abends 9 Uhr bei Hövelshofe Hövelshofe.

Danzig-Oliva. Abends 8 Uhr im Vereinshaus.

Düsseldorfer-Beerd. Abends 8.30 bei Böfen, Krefeldstr. 81.

Manheim-Käfertal. Abends 8.30 im „Löwen“.

Donnerstag, den 16. Oktober.

Dortmund-Sörde. Abends 8.15 Uhr bei Stolze, Chausseestr.

Danzig-Ohra. Abends 8 Uhr bei Bachowski.

Freitag, den 17. Oktober.

Danzig-Zoppot. 11 Uhr im Zoppoter Hof.

## Adressen.

Schwab Gmünd. Unser Büro befindet sich jetzt Dberstr. 3, Erbstunden von 11-1 Uhr und 4-7 Uhr abends. Telefon 347.